



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Ansätze zur Gestaltung des Verhältnisses von Demokratie und Wirtschaft

verfasst von | submitted by

Mag.phil. Andreas Brunner

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2024

Studienkennzahl lt. Studienblatt |
Degree programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 641

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Interdisziplinäre Ethik

Betreut von | Supervisor:

Dr. Christoph Paret M.A.

Inhalt

1	Einführung	3
2	Gang der Untersuchung.....	6
3	Karl Polanyi und die Grosse Transformation	8
3.1	Historischer Kontext	8
3.2	Liberales Kredo Marktwirtschaft	10
3.3	Gesellschaftliche Veränderungen	13
3.4	Die Doppelbewegung und ihre Folgen	18
4	Michel Foucault und die Gouvernamentalität.....	21
4.1	Ordoliberalismus	22
4.2	Soziale Marktwirtschaft	23
4.3	Analyse der Sozialen Marktwirtschaft aus der Gouvernamentalitätsperspektive.....	26
5	Wolfgang Streeck: Zwischen Demokratie und Kapitalismus	34
5.1	Gekaufte Zeit.....	34
5.1.1	Die Krise des demokratischen Kapitalismus.....	34
5.1.2	Der Neoliberalismus in Europa	40
5.2	Zwischen Demokratie und Kapitalismus.....	44
5.3	Bezugspunkte	46
5.3.1	Karl Polanyi	46
5.3.2	John Maynard Keynes	47
5.3.3	Vision Keynes-Polanyi-Staat	49
6	Jürgen Habermas: Für eine doppelte Staatsbürgerschaft.....	57
6.1	Problem Legitimationsdefizit	58
6.2	Europäische Bürger:innen und Solidarität.....	60
6.3	Reform auf der Verfahrensebene	62
7	Zusammenführung und Gegenüberstellung der Ansätze.....	65
7.1	Die Habermas-Streeck-Debatte	65
7.2	Wirtschaft, Demokratie und Freiheit in Europa.....	71
	Literaturverzeichnis	76
	Abstract	78

1 EINFÜHRUNG

Demokratie und Wirtschaft stehen seit Jahrhunderten in einem spannungsreichen Verhältnis. In dieser Arbeit wird das wechselvolle Verhältnis der aus verschiedenen Unterkategorien der Philosophie stammenden Begriffe Demokratie und kapitalistischer Wirtschaft analysiert. Anhand von ausgewählten philosophischen Beiträgen wird der Frage nachgegangen, inwiefern die beiden Begriffe einander bedingen oder widersprechen, wenn die Organisation des Alltagslebens in Nationalstaaten anhand der jeweiligen Prinzipien erfolgt.¹

Demokratie ist ein politischer Begriff und bezeichnet eine Herrschaftsordnung zur Regelung des Zusammenlebens in einer Gemeinschaft, ursprünglich im antiken Griechenland in Form einer Polis, heute vornehmlich in den „westlichen“ Nationalstaaten Europas, Nordamerikas und Australiens. Die Herrschaft geht vom Volk, d.h. von den Gemeinschaftsmitgliedern bzw. Staatsbürger:innen, aus. Diese wählen in freien, geheimen Wahlen politische Vertreter:innen, die den Volkswillen in Parlamenten repräsentieren. Das Ziel des demokratischen Austauschs in einer Gesellschaft ist die friedliche Diskussion von Meinungen und das Finden von Problemlösungen durch Abstimmungen. Die demokratisch getroffenen Mehrheitsentscheidungen sind von allen Gesellschaftsmitgliedern zu respektieren. Die getroffenen Vereinbarungen werden in einem Rechtsstaat als Gesetze festgelegt. Grundlegende Vereinbarungen werden in der Verfassung geregelt. Damit soll allen Menschen ein Leben in Einklang mit den Menschenrechten ermöglicht werden. Jedem Menschen sollen die gleichen Entwicklungschancen ermöglicht werden. Ein zusätzlicher Ausgleich soll durch den Sozialstaat geschaffen werden, wodurch allen Menschen ein Mindestniveau an Wohlfahrt ermöglicht werden soll.

Der moderne Kapitalismusbegriff bezeichnet eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die durch eigene Prinzipien definiert ist.² Ein zentraler Punkt ist das Privateigentum an den wirtschaftlichen Produktionsmitteln und den im Wirtschaftsprozess hergestellten Produkten. Der Austausch der Produkte erfolgt im Rahmen einer Marktwirtschaft. Dem Markttausch unterliegen neben den gehandelten

¹ Vgl. Kocka (2016), S. 39f

² Vgl. Kocka / Merkel (2015), S. 309

Produkten auch die Produktionsfaktoren. Dazu zählen neben Land und Investitionsgütern wie z.B. Maschinen auch Arbeitskräfte. Der menschliche Arbeitseinsatz wird in der Marktwirtschaft zu einer handelbaren Ware. Diese historische Entwicklung sollte grundlegende Veränderungen für die Lebensbedingungen vieler Menschen bedeuten. Als drittes Prinzip des Kapitalismus ist die Gewinnerzielungsabsicht zu nennen. Der Einsatz von Kapital in Investitions- und Produktionsprojekten erfolgt mit der Erwartung einer späteren Rendite. Jeder Marktteilnehmende strebt danach, seinen Gewinn durch die Markttransaktionen zu maximieren.

Diese kurzen Begriffsdefinitionen geben bereits eine erste grobe Skizze des spannungsvollen Verhältnisses der beiden Begriffe Demokratie und Kapitalismus. In dieser Arbeit soll anhand ausgewählter Literatur untersucht werden, inwiefern die beiden Begriffe aufeinander verwiesen sind und ob sie einander bedingen. Andererseits werden auch mögliche Spannungen und Widersprüche zwischen Demokratie und Kapitalismus herausgearbeitet.

Als Untersuchungsfeld dienen philosophische und soziologische Texte aus dem 20. und 21. Jahrhundert. Das jeweilige Verhältnis der beiden Begriffe wird in der Arbeit der Autoren Karl Polanyi, Michel Foucault, Wolfgang Streeck und Jürgen Habermas beleuchtet. Dadurch kann die Entwicklung von Demokratie und Kapitalismus in einem historischen Aufriss vom 19. zum 21. Jahrhundert mit dem geographischen Fokus auf Europa beleuchtet werden.

Karl Polanyi beschreibt die Entwicklung des Industriekapitalismus im 19. Jahrhundert, dessen Ursprung er in England lokalisiert. Michel Foucault zeigt in seinen Vorlesungen am College de France die Entwicklung des Ordoliberalismus als spezifischer Form des Wirtschaftsliberalismus am Beispiel des deutschen Wirtschaftswunders nach dem 2. Weltkrieg. Im ausgehenden 20. und 21. Jahrhundert wird die Entwicklung von Demokratie und Kapitalismus in Europa anhand der Diskussion zwischen den Deutschen Jürgen Habermas und Wolfgang Streeck analysiert. Diese Debatte fokussiert auf die weitere Entwicklungsrichtung der europäischen Nationalstaaten im Rahmen der Europäischen Union hinsichtlich einer möglichen politischen Integration als Folge einer bereits erfolgten wirtschaftlichen Integration.

Das Ziel der Arbeit ist die Verdeutlichung möglicher gegenseitiger Verwiesenheit und immanenter Widersprüche der Demokratie als Herrschaftsordnung und des

Kapitalismus als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Dadurch sollen Schnittpunkte und Überschneidungsbereiche im Sinne von Verhandlungsspielraum zwischen den demokratischen und kapitalistischen Interessen aufgezeigt werden.

2 GANG DER UNTERSUCHUNG

In dieser Arbeit wird das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus anhand ausgewählter philosophischer Beiträge diskutiert.

Den Ausgangspunkt bildet Karl Polanyis Beschreibung einer großen Transformation, die durch das Voranschreiten einer liberalen Marktwirtschaft ausgelöst wurde und zu einer sozialen Entwurzelung großer Gesellschaftsteile führte. Polanyi beschreibt diesen Prozess am Beispiel Englands vom 18. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. Im zweiten Schritt beschreibt Polanyi gesellschaftliche Gegenbewegungen wider die zunehmende Ökonomisierung vieler Lebensbereiche. Die Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts ist demnach durch diese Doppel- oder Pendelbewegung gekennzeichnet.

Michel Foucault greift diese Argumentation implizit auf. Der Analysezeitraum wird ausgeweitet auf die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg. Foucault beschreibt die Entwicklung hin zu einem neuen Verständnis von Liberalismus. Den Ausgangspunkt für diese Tendenz in Europa sieht Foucault im deutschen Ordoliberalismus. Die daran anschließende weitere Entwicklung des Verhältnisses von Gesellschaft und Wirtschaft in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts wird als Neoliberalismus bezeichnet. Ein bedeutender Begriff in der Zeitanalyse ist der von Foucault eingeführte Begriff der Gouvernamentalität, eine Wortschöpfung durch die Verbindung der französischen Begriffe gouverner (regieren) und mentalité (Denkweise). Die Verbindung mit seinem Begriff der Biopolitik ermöglicht das Herausarbeiten eines paradoxen Pendels des Liberalismus. Den Wirtschaftsakteuren ermöglicht der Liberalismus ökonomische Freiheit. Gleichzeitig sehen sich die Individuen mit zusätzlicher Einengung durch eine voranschreitende Ökonomisierung nicht-ökonomischer Lebensbereiche konfrontiert. Dabei wird auch auf die unterschiedliche Rolle des Staates in den Varianten des Neoliberalismus eingegangen. Die von Foucault entwickelte Sichtweise soll für die Analyse wirtschaftspolitischer und gesellschaftlicher Prozesse in der aktuellen Situation in Europa genutzt werden.

Die Analyse in dieser Arbeit fokussiert auf die EU bzw. die dominante Stellung Deutschlands in der EU. Dies ist angesichts der Bedeutung des Ordoliberalismus für die Gestaltung der deutschen Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg

bedeutend. Hier ist in Anknüpfung an Foucault zu untersuchen, inwiefern der deutsche Ordoliberalismus die Wirtschaftspolitik der EU prägt. Aus dieser Frage ergeben sich unter deutschen Sozialwissenschaftlern unterschiedliche Empfehlungen für die weitere Entwicklungsrichtung der EU.

Wolfgang Streeck sieht ein Voranschreiten der Entkopplung von Wirtschaft und Gesellschaft in Europa. Die mangelnde Stärkung europäischer Demokratie zulasten der Nationalstaaten führt ihn zu dem Schluss, dass im Umkehrschluss die europäischen Nationalökonomien demokratisch und vor allem wirtschaftlich in ihrer Unabhängigkeit gestärkt werden müssten. Wirtschaftliche Entscheidungen sollen demnach wieder verstärkt auf nationalstaatlicher Ebene entschieden werden. Streeck beschreibt als Modell einer neuen Nationalökonomie einen Keynes-Polanyi-Staat. Dadurch würde das Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft wieder besser in Einklang gebracht werden können.

In die entgegengesetzte Richtung argumentiert Jürgen Habermas. Dessen Ansicht nach ist eine Stärkung der europäischen Demokratie erforderlich. Die europäische Integration muss auf politischer Ebene gestärkt werden, um eine Entsprechung mit dem europäischen Binnenmarkt sicherzustellen. Auf individueller Ebene konzipiert Habermas ein Modell einer doppelten Bürgerrolle. Die Bürger sollen neben ihrer nationalstaatlichen Bürgerrolle auch auf der europäischen Ebene als Bürger gestärkt werden. Die ökonomische Globalisierung ist derart durch eine politische bzw. demokratische Globalisierung zu flankieren.

3 KARL POLANYI UND DIE GROSSE TRANSFORMATION

3.1 HISTORISCHER KONTEXT

Adam Smith gilt als einer der Begründer der neuzeitlichen Marktwirtschaft. In seinem Werk „Der Wohlstand der Nationen“ beschreibt er die Herausbildung von Märkten für Güter und Dienstleistungen. Die Wirtschaftsakteure sind im Verständnis von Smith in ihre jeweilige Gemeinschaft eingebettet. Eine Grundlage der Marktwirtschaft war der gesellschaftliche Bezug der Wirtschaftstreibenden. Die Ökonomie war dadurch in die Gesellschaft eingebunden. Die Aufgabe der Regierung war die gesamthafte Betrachtung der gesellschaftlichen Zustände und Veränderungen. Politische Ökonomie in diesem Verständnis ist eine Hilfswissenschaft im Verhältnis zur Regierungskunst.³

Karl Polanyi beschreibt in seinem Werk „Die große Transformation“ die langsame Abkehr von dieser engen Verbindung von Gesellschaft und Wirtschaft. Dieser Prozess wurde durch die Verbreitung liberaler Ideen in der Gesellschaft geprägt. Der Liberalismus führte zu gesellschaftlichen Umwälzungen. Ein Meilenstein ist das Jahr 1789 mit der französischen Revolution. Dieses Ereignis war für die Durchsetzung der liberalen Ideale, wie zum Beispiel der Demokratie und den Menschenrechten, von großer Bedeutung. Nach den Koalitionskriegen der europäischen Großmächte wurde am Wiener Kongress 1815 eine Neuordnung Europas beschlossen. Die neue Strömung des Liberalismus rang gegen die konservativen Kräfte in den einflussreichen europäischen Monarchien um Einfluss. Liberale Ideale wie die Nation und Demokratie als politischer Organisationsform konnten sich trotz des Weiterbestehens der Monarchien langfristig behaupten.

Der 100-jährige Friede von 1815 bis 1914 zwischen den Großmächten England, Frankreich, Preußen, Österreich und Russland basiert nach Karl Polanyi auf den vier Einrichtungen System des Kräftegleichgewichts, internationaler Goldstandard, selbstregulierender Markt und liberaler Staat.⁴ War zur Zeit des Absolutismus der

³ Vgl. Foucault (2020), S. 393

⁴ Vgl. Polanyi (2015), S. 19ff

Merkantilismus die prägende Form der Wirtschaftsorganisation, konnte ab dem 19. Jahrhundert der freie wirtschaftliche Austauschprozess an Bedeutung gewinnen. Angetrieben durch liberale Ideen sollte das wirtschaftliche Geschehen durch einen selbstregulierenden Markt koordiniert werden. Der Begriff Laissez-faire definiert dieses freie Spiel von Angebot und Nachfrage auf den einzelnen Wirtschaftsmärkten. Die industrielle Revolution führte ab dem 19. Jahrhundert zu einer zunehmenden wirtschaftlichen Dynamik. Die sich ausbreitende internationale Geschäftstätigkeit verstärkte das Interesse nach stabilen Bedingungen bzw. an Frieden zwischen den handelnden Ländern.⁵ Das System des Kräftegleichgewichts zwischen den europäischen Mächten basiert auf den Verträgen von 1648, die über die folgenden zwei Jahrhunderte bereits durch private Handelsverflechtungen gestützt wurden.⁶ Gefördert wurde die internationale Wirtschaftsverflechtung durch Direktinvestitionen, Bankkredite und verschiedene Finanzprodukte. Von Polanyi wurde dies als Hochfinanz bezeichnet. Das stabilisierende Rückgrat der internationalen Geschäftstätigkeit waren nationale Bankensysteme, wobei die nationalen Währungen an den internationalen Goldstandard gebunden waren. Dadurch konnten stabile Investitionsbedingungen erreicht werden. Damit verschob die Wirtschaft den Fokus des politischen Systems des Kräftegleichgewichts, das historisch auf ein Gleichgewicht der militärischen Stärken ausgerichtet war. Die Hochfinanz entwickelte sich zu einem Bindeglied zwischen der internationalen Politik und der Wirtschaft.⁷ Die Wirtschaft entwickelte sich damit im 19. Jahrhundert zunehmend zur Basis für den Frieden.

Die wichtigste der vier genannten Einrichtung für die friedlichen 100 Jahre von 1815 bis 1914 war nach Polanyi der selbstregulierende Markt. Dieser dominierte neben dem Kräftegleichgewicht, dem Goldstandard und dem liberalen Staat auch die Zivilisation des 19. Jahrhunderts. Die Gesellschaft war maßgeblich durch das Gewinnstreben, der Handlungsmaxime des selbstregulierenden Marktes, und den Kapitalismus geprägt.⁸ War die Wirtschaftstätigkeit traditionell vom Adel dominiert, kam im 19. Jahrhundert die aufstrebende Mittelschicht als neue Interessengruppe hinzu. Das zunehmende

⁵ Vgl. Polanyi (2015), S. 19ff

⁶ Ebd., S. 353

⁷ Ebd., S. 38

⁸ Ebd., S. 54

wirtschaftliche Geschehen führte zu einer stärkeren nationalen und internationalen Verflechtung breiter Bevölkerungsschichten. Das Geschäftsleben wurde damit zu einem Allgemeininteresse und durch die gegenseitige Abhängigkeit zu einem „Friedensinteresse“.⁹ Durch die wirtschaftliche Verflechtung sollte der Frieden zwischen den Völkern und Nationen gefördert werden.

3.2 LIBERALES KREDO MARKTWIRTSCHAFT

Die liberalen Ideen zielten auf die Entwicklung der gesamten Gesellschaft. Es verbreiteten sich neue Ansätze für politische Abstimmungsprozesse, die Stellung des Individuums, die Gestaltung des Zusammenlebens und -als einem weiteren Teilbereich- die Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Ökonomie. Das zentrale Element einer liberalen Wirtschaftsorganisation ist die Marktwirtschaft. Güter und Dienstleistungen werden von privat handelnden Personen am freien Markt angeboten. Die nachfragenden Personen können aus den Angeboten frei wählen und einen Kaufvertrag abschließen. Der Mechanismus zur Regulierung zwischen Angebot und Nachfrage ist der Preis. Entsprechend der liberalen Theorie ermöglicht der Preis die Selbstregulierung der Marktwirtschaft. Der Wert der gehandelten Güter wird in Geldwerten gemessen, wodurch der Austausch im Vergleich zum reinen Waren- oder Dienstleistungsaustausch erleichtert wird. Eine begleitende Institution einer Marktwirtschaft ist daher ein Kapitalmarkt, auf dem sich die Wirtschaftsteilnehmenden refinanzieren können und erzielte Überschüsse anlegen können. Die Stabilität der zugrundeliegenden Währung kann durch Währungs- oder Goldreserven sichergestellt werden. Neben dem Markt für Waren und Dienstleistungen und dem Kapitalmarkt werden in der Marktwirtschaft auch Grund und Boden sowie menschliche Arbeit zu fiktiven Gütern. Land wird in Privatbesitz übertragen und der Besitz durch Verträge und Urkunden dokumentiert. Polanyi beschreibt diesen Prozess der Kommerzialisierung des Bodens am Beispiel Englands. War die Nutzung von Feldern und Wiesen bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts durch das Gewohnheitsrecht geregelt, begannen mit den Einfriedungen und vertraglichen Fixierungen neue Eigentumsverhältnisse. Die Entstehung eines Immobilienmarktes beförderte auch die Bildung eines Arbeitsmarktes. Die Änderung der Grundbesitzverhältnisse entkoppelte viele

⁹ Ebd., S. 24

Menschen von ihrem angestammten, gewohnheitsmäßig genutzten Land. Als Folge der industriellen Revolution entstanden in den sich neu entwickelnden Industriegebieten viele neue Arbeitsplätze. Die Menschen mussten sich auf der Suche nach Arbeit um eine geeignete Stelle bewerben. Der neue Arbeitsmarkt bewirkte jedoch eine Individualisierung der Arbeiter. Jeder war dazu angehalten, sich entsprechend den Marktgegebenheiten zu qualifizieren, bereit zu sein, seinen Lebensmittelpunkt zu verlagern und seinen Arbeitslohn auszuhandeln. Dadurch gerieten die Arbeiter in gegenseitige Konkurrenzsituation zueinander, was die Vereinzelung zusätzlich beförderte.

Anhand dieser Entwicklungen wird eine grundsätzliche Transformation der Gesellschaft beschrieben. Karl Polanyi schreibt dazu: „Der Wirtschaftsliberalismus war das organisatorische Prinzip einer mit der Errichtung eines Marktsystems befassten Gesellschaft. Geboren aus einem Hang zu unbürokratischen Methoden, entwickelte er sich zu einem wahren Glauben an die weltliche Erlösung des Menschen durch einen selbstregulierenden Markt.“¹⁰ Polanyi argumentiert hier, dass der unbedingte Glaube an die liberale Wirtschaftsordnung die gesellschaftlichen Strukturen unterminiert. Wirtschaftlich werden die Gesellschaftsteilnehmer zu Unternehmern ihrer selbst, politisch prallen die Interessen der verschiedenen Gesellschaftsklassen aufeinander. Die wirtschaftliche und politische Funktion der Gesellschaft wird damit gleichsam fehlgeleitet. Angesichts der Ausbreitung der kapitalistischen Wirtschaftsweise verschärfen sich die Klassenkämpfe. Die Arbeiterschaft fühlt sich zunehmend ausgenutzt und erkennt ihre politische Macht durch die Bündelung ihrer Interessen. Die liberalen Tendenzen führen damit wieder zu einer Gegenbewegung. Karl Polanyi führt dazu den Begriff der Doppelbewegung ein: *Um zum Kern der Sache zu kommen: Man ist sich einig, dass die um die Verbreitung des Marktsystems bemühte liberale Bewegung auf eine Gegenbewegung stieß, die dieses Marktsystem, zum Schutz der Gesellschaft, einschränken wollte; diese Annahme liegt unserer eigenen These von der Doppelbewegung zugrunde.*¹¹ Diese Entwicklung ist eine zentrale Erkenntnis von Karl Polanyi. Die Ausweitung wirtschaftsliberaler und marktwirtschaftlicher Aktivitäten mit einer zunehmenden Vermarktlichung von Gesellschaftsbereichen ruft eine Gegenbewegung hervor. Dieser Widerstreit bedeutet ein Ringen um eine Ausweitung

¹⁰ Polanyi (2015), S. 187

¹¹ Polanyi (2015), S. 200

kapitalistischer Rahmenbedingungen gegenüber den politischen Ansprüchen der Arbeitnehmergruppen. Letztere drängen im Rahmen demokratischer Möglichkeiten auf die politische Durchsetzung von Sozialgesetzen, wodurch die Arbeitsbedingungen und soziale Absicherungen verbessert werden sollen.

Die Interpretation dieser Doppelbewegung ist in Polanyis Analyse höchst unterschiedlich in Abhängigkeit von den theoretischen Hintergrundannahmen des Betrachtenden. Die Vertreter des Laissez-faire-Kapitalismus, die einen selbstregulierenden Markt als Optimum sehen, würden in den Interventionen gegen den freien Markt eine antiliberale Verschwörung sehen. Der liberalen Theorie folgend ist der Preis das Regulativ zur Findung des natürlichen Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage. Karl Polanyi zeigt aber anhand mehrerer Beispiele, dass die Einführung der Marktwirtschaft in England durch einige grundlegende Interventionen des Staates begleitet wurde.¹² Für Polanyi sind dies Belege, dass der Markt in die gesellschaftlichen Gegebenheiten eingebettet ist. Eine rein ökonomische Betrachtungsweise wäre demnach eine Engführung und würde nicht die gesamte gesellschaftliche Komplexität berücksichtigen. Polanyi vergleicht die Austauschprozesse vor dem 18. Jahrhundert mit archaischen Gesellschaften. Dabei wurden bei Austauschprozessen auch nicht-marktliche Prinzipien berücksichtigt. Mit dem Prinzip der Reziprozität wurde der soziale Status und die gesellschaftlich konnotierte Entsprechung des Gabentauschs berücksichtigt. Dem Prinzip der Redistribution folgend wurden ausgleichende Zuteilungen über gemeinschaftliche Verteilungsorgane durchgeführt. Das Prinzip der Ökonomie entspricht der antiken Vorstellung einer autonomen Haushaltsführung, wobei etwaige Überschüsse am Markt verkauft werden. Als entsprechendes Prinzip nennt Polanyi den Markttausch. Dieses Prinzip entspricht am ehesten dem ab dem 19. Jahrhundert verbreiteten Prinzip des anonymen Warentauschs in Marktgesellschaften.¹³ Der Marktmechanismus wird in der liberalen Wirtschaftstheorie mit dem Prinzip strikter Rationalität in der wirtschaftlichen Betrachtungsweise verknüpft. Moralische und normative Gesichtspunkte der Gesellschaft treten in den Hintergrund.

Für eine Weiterführung dieses Gedankens mit seinen Folgen für die gesellschaftliche Entwicklung ist es notwendig, die geänderten Lebensbedingungen der Menschen zu

¹² Ebd., S. 208

¹³ Ebd., S. 75ff

betrachten, die sich aus den wirtschaftlich bedingten Umwälzungen von einer agrarisch zu einer industriell geprägten Gesellschaft ergaben.

3.3 GESELLSCHAFTLICHE VERÄNDERUNGEN

Karl Polanyi beobachtet im 18. und 19. Jahrhundert grundlegende Veränderungen in der europäischen Gesellschaft. Die Auslöser dieser Entwicklungen waren die wirtschaftlichen Veränderungen zur Zeit des Wirtschaftsliberalismus. Der Vorreiter dieser gesellschaftlichen Umwälzungen war England bedingt durch den früheren Beginn der industriellen Revolution im ausgehenden 18. Jahrhundert. In Kontinentaleuropa ist der Höhepunkt dieser Veränderungen im 19. Jahrhundert anzusetzen. In der Diktion von Polanyi bedingte die Marktwirtschaft eine Marktgesellschaft. Die gesellschaftlichen Strukturen und die Einbettung der Menschen in ihren Lebensraum wurden aufgeweicht bzw. aufgelöst.

Durch die Ausbreitung der liberalen Marktwirtschaft änderte sich nicht nur das Leben der wohlhabenden Mittelschicht. Auch die ärmeren Bevölkerungsschichten konnten sich den neuen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht entziehen. Die Gesellschaft des 17. Jahrhunderts war noch von einem großen Beschäftigungsanteil im Agrarbereich geprägt. Die Menschen waren stark an ihre lokale Umgebung gebunden. Ein großer Teil der Bevölkerung war an die Bewirtschaftung eines Stückes Land, auch Scholle genannt, gebunden. Polanyi beschreibt die folgende Entwicklung am Beispiel der „Einfriedungen“ oder „Einhegungen“ in England ab dem 18. Jahrhundert. Traditionell stand der Landbevölkerung zusätzlich zu ihrem Erwerbseinkommen auch gemeinschaftlich genutztes Land zur Verfügung. Dieses Gemeindeland, Wiesen und Brachland standen allen Gemeindemitgliedern zur Nutzung offen. Die Flächen konnten für den Eigenbedarf oder zur Herstellung von Produkten, die für den Verkauf bestimmt waren, genutzt werden. In der Zeit von 1750 bis 1850 wurde jedoch eine Fläche von 2,3 Millionen Hektar oder 25% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche privatisiert. Der bescheidene Zugang der ärmeren Landbevölkerung zu den Produktionsmitteln wurde hierdurch beschnitten. Dies war eine Ursache für die Verarmung der Landbevölkerung bzw. Entstehung des Proletariats.¹⁴

¹⁴ Vgl. Hobsbawm (1968), 313

Die Kombination verschiedener Faktoren führte ab dem 17. Jahrhundert zu grundlegenden gesellschaftlichen Umwälzungen in Europa. Technische Innovationen in der Landwirtschaft führten zu einer deutlichen Produktivitätszunahme. Mit Hilfe von Maschinen konnten größere Flächen in gleicher Zeit mit weniger Arbeitskräften bearbeitet werden. Zusätzlich führten klimatisch günstige Bedingungen zu stabileren Erntemengen. Mit weniger Beschäftigten in der Landwirtschaft konnten mehr Menschen mit Nahrungsmitteln versorgt werden. Dadurch wurde eine Vielzahl an Arbeitskräften freigestellt.¹⁵ Die größere Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln und der medizinische Fortschritt führten zu einem Bevölkerungswachstum. Gleichzeitig konnten die Grundbesitzer größere finanzielle Überschüsse erzielen. Diese Kapitalkonzentration führte wiederum auch zu einer zunehmenden Konzentration des Gemeindelandes in adeligem Besitz. Die Veränderungen in der Landwirtschaft waren damit eine Voraussetzung für die folgende industrielle Revolution. Das Angebot von Arbeitskräften und das vorhandene Investitionskapital sowie der entstehende Markt für Industrieprodukte förderten die Industrialisierung.

Polanyi beschreibt die Entwicklung in Großbritannien als dem ersten Land, das eine Industrialisierung durchlief. Gründe für diese frühere Entwicklung waren, dass das Unternehmertum hier bereits im 18. Jahrhundert optimale Voraussetzungen vorfand. Der institutionelle Rahmen von Staat und Recht förderte die kapitalistische Wirtschaftsform. Nach der Revolution 1688 wurden das Parlament und die Bürgerinnenrechte gestärkt. Das Privateigentum war rechtlich gesichert. Die absolutistische Staatsmacht war im Vergleich zu den Monarchien im europäischen Kontinent schwach und konnte die wirtschaftlichen Privatunternehmungen schwerer unterdrücken. Neben dem Monarchen waren auch die Feudalherren schwächer und die Steuern und Feudalabgaben waren niedrig. Dadurch konnte leichter ein einheitlicher Binnenmarkt ohne Zollschränken aufgebaut werden. Die landwirtschaftlichen Grundbesitzer stellten vielmehr einen zusätzlichen Absatzmarkt für die neuen Industrieprodukte dar.¹⁶

Der technische Fortschritt führte zu einer Bedeutungszunahme des sekundären Sektors. Die industrielle Revolution ermöglichte mit dem Einsatz von Dampfmaschinen in den Fabriken eine deutlich effizientere Massenproduktion. Davor wurden Produkte

¹⁵ Vgl. Nonn, 47ff

¹⁶ Vgl. Ebd., S. 58

in Manufakturen und im sogenannten Verlagswesen in Heimarbeit von der landwirtschaftlichen Bevölkerung händisch hergestellt. Der Wegfall der Heimproduktion und der Verlust von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft führten zu einer Verelendung breiter Bevölkerungsschichten. Die Verschiebung der Beschäftigungsmöglichkeit vom primären zum sekundären Sektor hatte für die ärmeren Bevölkerungsschichten tiefgreifende Einschnitte in ihr Leben zur Folge. Der zunehmende Bedarf an Arbeitskräften in den neu entstehenden Industriebetrieben ließ viele Menschen in die wachsenden Industriestandorte abwandern. Der wirtschaftliche und technische Fortschritt bedeutete für diese Menschen daher eine tiefgreifende soziale Veränderung. Alte Bindungen und Beziehungen, die für lange Zeit die soziale Einbettung der Landbevölkerung bedeuteten, lösten sich auf. Die Menschen zogen in rasant wachsende Industriestädte, in denen viele in einfachen Arbeiterquartieren lebten. Die Folge für die neue Industriearbeiterschaft war soziale Entwurzelung.¹⁷ Besonders in den städtischen Industriegebieten war die soziale Situation für die neue Arbeiterklasse problematisch. Beengte Wohnverhältnisse und niedrige Einkommen hemmten die Entwicklung eines eigenständigen Familienlebens. Um die eigene Mietwohnung finanzieren zu können, musste diese mitunter mit familienfremden Untermietern und Bettgehern geteilt werden.¹⁸

Abgesehen vom beschriebenen persönlichen Schicksal der Arbeiterschaft sieht Polanyi in der Herausbildung der Marktgesellschaft ein grundsätzliches gesellschaftliches Problem. Die gesellschaftliche Zersetzung und Fragmentierung in Europa gegen Ende des 19. Jahrhunderts und Anfang des 20. Jahrhunderts wird zu einer zentralen Ursache für das Erstarken des Faschismus. Der auslösende Faktor hierfür war der schlechte Zustand des Marktsystems nach der Weltwirtschaftskrise 1929.¹⁹ Der Faschismus wurzelte in einer Marktgesellschaft, die nicht wie geplant funktionierte. Der Umbau der Gesellschaft im Sinne der marktwirtschaftlichen Ideale führte zu einer starken Klassenbildung. Die Industriellen vertraten den Kapitalismus, die Bauern standen für Nationalismus und Grundbesitz und Arbeiter bildeten die politische Klasse. Als Gegenreaktion auf den Wirtschaftsliberalismus bündelten die Arbeitnehmenden ihre politischen Kräfte in Gewerkschaften und Verbänden. Das Ziel

¹⁷ Polanyi (2015), S. 61

¹⁸ Vgl. Bruckmüller, S. 312

¹⁹ Polanyi (2015), S. 321

war die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Die Arbeiter versuchten ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit zu erlangen. Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherungen waren große Errungenschaften der Arbeiterbewegung. Auch auf der konservativen Gegenseite der Arbeitgeber waren verstärkte Standesbildungen zu beobachten. Damit sollte die Verhandlungsmacht gegenüber dem erstarkenden Sozialismus bzw. der Sozialdemokratie gestärkt werden. In diesem Zusammenhang wird oft der Begriff der Polanyischen Pendelbewegung gebraucht. Darunter ist die Ausbreitung des Wirtschaftsliberalismus zu verstehen, dem wiederum durch protektionistische Tendenzen und gewerkschaftliche Konzentration begegnet wird. Im beginnenden 20. Jahrhundert bedeutete führte dies zu einer Zunahme der Spannung zwischen den Klassen der Befürworter des Wirtschaftsliberalismus und der Vertretung der Arbeiterschaft. Polanyis Fazit ist, dass das lange Voranschreiten des Wirtschaftsliberalismus die gesellschaftliche Substanz zunehmend schwächte. In den Worten von Karl Polanyi lautet dies: *Die Zivilisation des 19. Jahrhunderts ... zerfiel als Folge einer ganz anderen Reihe von Ursachen: den Maßnahmen, die die Gesellschaft traf, um nicht ihrerseits durch die Auswirkungen des selbstregulierenden Marktes vernichtet zu werden.* Weiterführend schreibt Polanyi: *...verlieh der Konflikt zwischen dem Markt und den elementaren Erfordernissen eines geordneten gesellschaftlichen Lebens diesem Jahrhundert seine Dynamik und erzeugte die typischen Spannungen, die schließlich zur Zerstörung dieser Gesellschaft führten.*²⁰ Vor dem Hintergrund der zentralen Begriffe Demokratie und Kapitalismus in dieser Arbeit bedeutet diese Analyse ein völliges Versagen des konstruktiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die starke Frontenstellung der Vertreter des Wirtschaftsliberalismus und der Arbeitnehmer führte zu einer Überbetonung des Primats der ökonomischen Klasseninteressen zwischen Liberalismus und Sozialismus. Gerade dieses „Nicht-Besetzen“, dieses Vernachlässigen des Sozialen erzeugt jenen Freiraum, der das Erstarken des Faschismus ermöglichte. Die faschistische Bewegung verstand es, die entstehende soziale Lücke durch eine Überbetonung des nationalen Sozialen zu füllen. Die jungen demokratischen Institutionen in den aus den Monarchien entstandenen Demokratien hatten keine nachhaltige gesellschaftliche Verankerung. Der ökonomische Wandel von einer Agrargesellschaft hin zu einer industrialisierten

²⁰ Polanyi (2015), S. 329

Marktwirtschaft hatte mit einer Kommodifizierung des Faktors Arbeit die gesellschaftliche Basis unterminiert. Die Individuen waren vielmehr darauf konditioniert, primär ihre individuellen Interessen zu verfolgen. Polanyi sieht in dieser Überbetonung ökonomischer Maxime als individuelle Leitwerte eine Fehlbeurteilung der menschlichen Anthropologie. Die menschlichen Bedürfnisse und Neigungen sind über rein ökonomische Interessen deutlich hinausgehend. Sie umfassen auch ähnliche Werte wie die beschriebenen Werte in archaischen Gesellschaften. Der bloße Austausch von Waren anhand von ökonomischen Äquivalenten mit einer Gewinnerzielungsabsicht erfüllt demnach nicht ausreichend die tieferen menschlichen Bedürfnisse. Reziprozität, Redistribution und Ökonomie im Verständnis der griechischen Antike führen weitere Sinnebenen in den ökonomischen Gabentausch ein. Dadurch werden auch gesellschaftliche Verpflichtungen und Verbindungen aufgebaut, gepflegt und erfüllt. Hier deutet sich implizit der Begriff eines homo oeconomicus an, der im Zuge dieser Arbeit aus dem Blickwinkel der hier behandelten Forschenden noch zu diskutieren sein wird.

In dieser Gegenüberstellung vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Probleme der Zwischenkriegszeit erstarkten in vielen Ländern faschistische Bewegungen. Polanyi sieht Deutschland als treibende Kraft in der Bildung einer Front gegen den Bolschewismus. Der Faschismus bedeutet hinsichtlich des Prinzips der Freiheit in einer Gesellschaft das Gegenteil von Liberalismus. Der Liberalismus des 19. Jhd. fordert wie beschrieben eine institutionelle Trennung von Politik und Wirtschaft. Die Freiheit wird dann streng als ökonomische Freiheit verstanden, die nicht durch staatliche Intervention zur Förderung von Sozialgesetzen eingeschränkt werden darf. Dies würde das Ziel der Gewinnmaximierung und der Wohlstandsmehrung der Marktteilnehmer behindern. Die beschriebenen Folgen am Beginn des 20. Jhd. mit der Verarmung großer Bevölkerungsteile führte zu einem Erstarken des Faschismus. Diese Bewegung fordert wiederum den gänzlichen Ausschluss der Freiheit aus der Gesellschaft aufgrund der Verwerfungen der liberalen Marktwirtschaft. An der Stelle einer gewählten Regierung wird eine Partei mit einer autoritären Führung eingesetzt. Polanyi versucht abschließend eine Möglichkeit zu skizzieren, die die Vereinigung der unterschiedlichen Prinzipien Gerechtigkeit und Freiheit in einer Gesellschaft erlaubt. Dieser Ansatz soll im nächsten Unterkapitel beschrieben werden.

3.4 DIE DOPPELBEWEGUNG UND IHRE FOLGEN

Die Innovation von Karl Polanyi war, dass der Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Gesellschaft parallel analysiert wurde. Die marktwirtschaftlichen Veränderungen führten zu einem Umbau der Gesellschaft. Die Ausbreitung der Kapitalismus und die zunehmende Vermarktlichung hatten wie beschrieben grundlegende Auswirkungen auf die Bevölkerung. Viele Landarbeiter wurden zu Industriearbeitern, was nicht nur neue, in Unterabschnitte geteilte Arbeitsabläufe brachte, sondern auch eine kulturelle Veränderung für diese Menschen.

Die beschriebene Schlussfolgerung von Karl Polanyi ist, dass durch die Aushöhlung des gesellschaftlichen Zusammenhalts der Boden für die Machtergreifung der faschistischen Politbewegungen bereitet wurde. Aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage stieg in den 1920er und 1930er Jahren die Arbeitslosigkeit. Die Interessengegensätze zwischen den Klassen verstärkten sich. Die politische Strömung des Faschismus versprach eine Lösung für den politischen Stillstand, da die demokratischen Prozesse mit der Errichtung einer Diktatur überwunden wurden.

Die Folgen dieser Entwicklung waren jedoch verheerend. Die Verwerfungen des 2. Weltkriegs zeigten schier undenkbbare menschliche Abgründe, sodass deren öffentliche politische Aufarbeitung in Deutschland und Österreich erst einige Jahrzehnte nach Kriegsende in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts begannen bzw. erfolgten. Die Intention von Polanyi ist Alternativen zum Laissez-faire-Kapitalismus in einer unregulierten Marktwirtschaft zu finden. Er sieht darin weitreichendes Potential zur gerechteren Gestaltung der Gesellschaft. *Das Ende der Marktwirtschaft könnte den Anfang einer Ära nie dagewesener Freiheit bedeuten. Rechtliche und praktische Freiheiten können größer und allgemeiner werden als je zuvor; Regelung und Kontrolle können Freiheit nicht nur für die wenigen, sondern für alle verwirklichen.*²¹

Polanyi skizziert eine Möglichkeit zur nachhaltigen Neugestaltung des Verhältnisses von Demokratie und Wirtschaft. Während der Laissez-faire-Kapitalismus jede Reglementierung des freien Unternehmertums und des Privateigentums als Einschränkung von Freiheit interpretiert, sieht Polanyi in der Kontrolle des freien Marktes eine Chance für die Verbreitung von Freiheit in der Gesellschaft. Diesen Ansätzen liegt ein unterschiedliches Verständnis von Freiheit zugrunde. Während der

²¹ Polanyi (2015), S.339

Kapitalismus primär von der freien ökonomischen Entfaltung der Marktteilnehmer spricht, hat Polanyi auch die soziale Freiheit aller Gesellschaftsmitglieder im Blick. Durch die Ausgestaltung der demokratischen Institutionen sollen gleichzeitig die Werte Gerechtigkeit und Freiheit berücksichtigt werden, sodass ein ausgewogenes Verhältnis bzw. eine stimmige Verbindung von Demokratie und Wirtschaft erreicht wird.²² In der Demokratie sollen die von den Gesellschaftsmitgliedern geteilten Überzeugungen in institutionellen Rahmensetzungen umgesetzt und verankert werden. Die Aufgabe der demokratischen Institutionen ist dann, die individuellen Bürgerrechte für alle Gesellschaftsteilnehmer zu gewährleisten. Dazu zählen eben auch Sozialgesetze wie der Arbeitnehmerschutz, Pensions- und Krankenversicherung. Erst diese staatliche Rahmensetzungen erlauben eine Absicherung der menschlichen Würde in der Dynamik einer Marktwirtschaft. Die gesetzlichen Regelungen erfolgen in einer Demokratie durch gewählte Vertreter, die den Volkswillen repräsentieren. Die Staatsbürger ermächtigen damit den Staat zur Gestaltung des öffentlichen und privaten Rechts. Die entscheidende Aufgabe des demokratischen Staats in Abgrenzung zum Faschismus ist, dass die staatliche Macht die Freiheit der einzelnen Staatsbürger sichert und fördert.

Der wirtschaftliche Austausch führt wiederum zu einer bestmöglichen Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse. Daher sind für eine ausgewogene Gesellschaftsorganisation auch marktwirtschaftliche Prinzipien zu berücksichtigen. Dazu zählen die oben angeführten ökonomische Grundsätze. Polanyi verwendet in diesem Zusammenhang auch den Begriff einer „Industriegesellschaft“²³, der es möglich sein soll, auch den Wert der persönlichen Freiheit sicherzustellen. Im Unterschied dazu war eine Marktgesellschaft rein auf die Realisierung ökonomischer Werte begrenzt. Diese entscheidende Weiterentwicklung zu einer gerechten Gesellschaft soll jetzt derart erfolgen, dass die persönliche Freiheit für alle Gesellschaftsmitglieder „verbriefte“ wird. Darunter ist die gerichtliche Einklagbarkeit persönlicher Rechte zu verstehen. Damit wird neben der Sicherstellung gleicher Freiheitsrechte auch das Prinzip der Gerechtigkeit in einer Gesellschaft sichergestellt. Alle sollen in hinreichendem Maß vom wirtschaftlichen Profitstreben profitieren, sodass ein menschenwürdiges Leben für alle Gesellschaftsteilnehmer möglich ist.

²² Ebd., S. 337

²³ Ebd., S. 339

Wie stehen nun die Chancen auf eine Verwirklichung dieser Möglichkeiten mit der notwendigen Neukonzeption von Nationalstaaten nach dem Zweiten Weltkrieg? Polanyis Vorschlag wurde mit dem Erscheinungsjahr 1944 und dem folgenden Ende des Zweiten Weltkriegs in eine Zeit der Veränderung veröffentlicht. Gerade Deutschland stand als vormals treibende Kraft bei der globalen Verbreitung des Faschismus vor einer Neuorientierung. Nach der Niederlage des Dritten Reichs war die Neugründung der Bundesrepublik Deutschland jedoch nur mit der Zustimmung der alliierten Kriegsgewinner und Besatzungsmächte möglich. Ein politisch starkes Deutschland war nicht gewünscht. Dieser Umstand ist aus der Untersuchungsperspektive dieser Arbeit interessant, da dadurch das Ausgestaltungsverhältnis von Demokratie und Wirtschaft in der deutschen Staatskonzeption beeinflusst wurde. Die nach dem 2. Weltkrieg neu entstandene Bundesrepublik Deutschland baute stark auf wirtschaftlichen Fundamenten auf. Michel Foucault beschreibt diesen Prozess in seinen Vorlesungen am Collège de France 1978/79. Das Verhältnis von Demokratie und Wirtschaft wird bei dieser Staatsgründung zugunsten der Wirtschaft gedacht. Für Michel Foucault bedeutet das deutsche Verhältnis von Demokratie und Wirtschaft den praktischen Beginn des Neoliberalismus, einer neuen Form des Liberalismus. Die Freiburger Schule der Nationalökonomie war maßgeblich an der wissenschaftlichen Suche nach neuen Ausgestaltungsmöglichkeiten des Liberalismus beteiligt. Die in der Zeitschrift ORDO vorgestellten Ergebnisse waren namensgebend für diese Variante des Liberalismus. Der Ordoliberalismus wird im nächsten Kapitel aus der Sicht Michel Foucaults vorgestellt, wodurch eine kritische Analyse dieser für Deutschland im 20. und Europa im 21. Jahrhundert maßgeblichen Denkhaltung ermöglicht werden soll. Foucault sieht in der demokratischen Neugründung der Wirtschaftsmacht Deutschland eine manifeste Verbreitung der neoliberalen Gedanken. Verstärkt wird diese Entwicklung durch den Zusammenschluss der wirtschaftsführenden europäischen Länder in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957. Die Schlussfolgerungen von Foucault zu dieser Entwicklung sollen die Analyse der Debatte zwischen Wolfgang Streeck und Jürgen Habermas zur zukünftigen Entwicklung der europäischen Union vorbereiten.

4 MICHEL FOUCAULT UND DIE GOUVERNEMENTALITÄT

Nach dem 2. Weltkrieg war die Neugründung der Bundesrepublik Deutschland das vorrangige Ziel der deutschen Politik. Der früh einsetzende ökonomische Erfolg des Landes diente als Ersatzidentität für das Nationalitätsgefühl der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine Begründung für die gute Entwicklung der Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ist das Wirtschaftskonzept der Sozialen Marktwirtschaft. Die Marktwirtschaft sollte durch einen Sozialstaat gestützt werden. Maßgebliche Vorarbeit für die Entwicklung dieser Wirtschaftsordnung erfolgte durch die Freiburger Schule der Nationalökonomie. Hier wurde -beginnend bereits in den 1920 und 1930er Jahren- die Wirtschaftstheorie des Ordoliberalismus entworfen. Der Ordoliberalismus und dessen politische Implementierung als Soziale Marktwirtschaft prägten das Wirtschaftsverständnis Deutschlands in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Durch die Dominanz der deutschen Volkswirtschaft in Europa war diese Theorie auch mitprägend für die Wirtschaftspolitik der Europäischen Union. Diese Ausprägungen und die jüngste Entwicklung im 21. Jahrhundert werden in den nächsten Kapiteln im Detail diskutiert.

In diesem Kapitel wird gleichsam die Vorgeschichte thematisiert. Dies erfolgt anhand der Analyse von Michel Foucault zur Entwicklung des Neoliberalismus, die er wie oben erwähnt in seinen Vorlesungen am College de France 1978 und 1979 vorstellte.²⁴ Die Untersuchung umfasste im Detail die Länder Deutschland, Frankreich und USA. Der regionale Fokus dieser Masterarbeit liegt auf Europa mit Schwerpunkt Deutschland, was im nächsten Kapitel zu Wolfgang Streeck weiterführend untersucht wird. Foucault sah die marktwirtschaftlichen Argumente des späteren deutschen Bundeskanzlers Ludwig Erhard als essenziell für die Zustimmung der alliierten Verhandlungsführer zur Demokratieneugründung in der Bundesrepublik Deutschland. Das Analyseergebnis von Michel Foucault beschreibt Erhards Staatsmodell als radikal durch ökonomische Freiheit geprägt, wodurch die politischen Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt werden sollen. Erst diese Überbetonung der ökonomischen Freiheit ermöglichte Deutschland das Erlangen politischer Souveränität. Der Wirtschaft kommt damit der

²⁴ Vgl. Foucault (2022)

Primat vor dem Staat zu. Diese deutsche Staatskonzeption bildet für Foucault den Beginn des Neoliberalismus. Dieser Begriff sollte auch die 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts dominieren. Foucault möchte daher die Grundlagen dieser wirtschaftspolitischen Denkweise herausarbeiten. Da der Begriff des Neoliberalismus sogar die jüngste Debatte über das Verhältnis von Staat und Wirtschaft nach der Finanzkrise Anfang des 21. Jahrhundert dominiert, wird die Analyse von Foucault für die Streeck-Habermas-Debatte in den darauffolgenden Kapiteln verwendet werden.

4.1 ORDOLIBERALISMUS

Das deutsche Wirtschaftsverständnis ab den 1950er Jahren wurzelt im Ordoliberalismus der Freiburger Schule. In dieser Theorie wurde das Verhältnis von Staat und Wirtschaft klar geordnet, was für Foucault eine Abgrenzungslinie zum klassischen Liberalismus markierte. Die Probleme der liberalen Wirtschaftsordnung mit der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren als nochmaligem negativen Höhepunkt veranlasste die führenden liberalen Theoretiker zur Neuformulierung der liberalen Wirtschaftsorganisation. Das Konzept des Ordoliberalismus der Freiburger Schule der Nationalökonomie um Walter Eucken war -neben Ansätzen österreichischer und angloamerikanischer Wirtschafts- und Staatswissenschaftler wie Friedrich August von Hayek- ein Versuch ein marktwirtschaftliches Programm des Neoliberalismus vorzulegen. Das Ziel war die Formulierung eines Wegs zur politisch-praktischen Gestaltung des Kapitalismus.

Im Ordoliberalismus wird der Staat verpflichtet, eine wettbewerbsbasierende Marktwirtschaft zu organisieren. Der Staat greift damit aktiv in die Gestaltung der Wirtschaftsordnung ein. In der Formulierung von Leonhard Miksch wird die Wettbewerbspolitik zu einer staatlichen Veranstaltung.²⁵ Das Fundament der Wirtschaftsordnung soll in einer Wirtschaftsverfassung festgehalten werden. Walter Eucken definierte dazu die Grundsätze der Wirtschaftspolitik anhand von konstituierenden und regulierenden Prinzipien. Erstere sind ein konkurrenzbasiertes Preissystem, Währungspolitik, offene Märkte, Privateigentum, Vertragsfreiheit, Haftung und eine konstante Wirtschaftspolitik. Letzteren sind eine Monopolaufsicht, Einkommens- und Lohnpolitik zuzurechnen.²⁶ Diese Prinzipien sind Bestandteile der

²⁵ Vgl. Biebricher (2020), S: 50

²⁶ Vgl. Ptak (2016), S. 37. In: Butterwege/Engartner/Ptak (2016)

Wirtschaftsverfassung. Die Wirtschaftsverfassung bildet die Grundlage für die staatliche Wirtschaftspolitik, wodurch die Rahmenbedingungen für die Marktwirtschaft sichergestellt werden. Die Maßnahmen der Wirtschaftspolitik sind daher nur auf das Ziel der Sicherung des Marktes gerichtet. Jede wirtschaftspolitische Maßnahme muss dann auf die Erhaltung der definierten Gesamtordnung abzielen.

Intervention des Staates sind zwar nur zulässig, wenn dadurch die liberale Marktwirtschaft gestützt und gefördert wird. Der Ordoliberalismus geht aber mit der Zulässigkeit von Interventionen nicht von einer reinen Selbstregulierung des Marktes aus. Dies stellt ein Unterscheidungsmerkmal zum klassischen Wirtschaftsliberalismus dar. In Abgrenzung zu den zulässigen Interventionen würde das Verfolgen eigenständiger volkswirtschaftlicher Ziele aber bereits unzulässige Interventionen in die freie Marktwirtschaft bedeuten.²⁷ Walter Eucken versuchte die Grenzen von Interventionen anhand des Begriffs der Interdependenzen der Ordnungen zu definieren. Er plädierte für eine gegenseitige Abhängigkeit der Wirtschaftsordnung sowie der politischen und sozialen Ordnung. Die Wettbewerbswirtschaft, die gewaltenteilende Demokratie und die Freiheit des Individuums sind aufeinander verwiesen und auf Dauer nur miteinander realisierbar. Im Unterschied dazu beeinträchtigen wirtschaftliche Machtkonzentration und eine Zentralverwaltungswirtschaft den demokratischen Prozess und die individuelle wirtschaftliche und politische Freiheit.

4.2 SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Grundsätzlich basiert die Soziale Marktwirtschaft auf der Theorie des Ordoliberalismus. Aufbauend auf dieser theoretischen Basis entwickelten der Ökonom Alfred Müller-Armack und der bundesdeutsche Wirtschaftsminister Ludwig Erhard die wirtschaftspolitische Idee der sozialen Marktwirtschaft.²⁸ Dieses Konzept wurde nach dem zweiten Weltkrieg in Deutschland und Österreich zur Gestaltung der Wirtschaftsordnung angewandt. Schwerpunkte der sozialen Marktwirtschaft sind ein Ausbalancieren zwischen einem freien Markt und einer staatlichen Rahmensetzung. Dieses Konzept wird daher auch als dritter Weg zwischen freier Marktwirtschaft und staatlich gelenkter Planwirtschaft bezeichnet. Die Soziale Marktwirtschaft vereint das

²⁷ Vgl. Ptak (2016), S. 30f

²⁸ vgl. Korff (1999), S. 501

Leistungsprinzip des Liberalismus mit dem Sozialprinzip des Sozialismus. Die Betonung liegt aber auf der Marktwirtschaft, die die leitenden Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft bestimmt. Die zentralen Grundsätze sind das Leistungsprinzip, Privateigentum, Vertragsfreiheit und Wettbewerbsfreiheit. Die Soziale Marktwirtschaft ist daher eindeutig dem marktwirtschaftlichen System zuzuordnen.²⁹ Die marktwirtschaftliche Ordnung wird aber durch das soziale Prinzip ergänzt. Menschlicher Egoismus und Gewinnstreben sollen durch sozialen Ausgleich und Sicherheit ausbalanciert werden. Dadurch soll auch der gesellschaftliche Zusammenhalt gefördert werden.

Die Finanzierung des Sozialstaats setzt eine stabile Wirtschaftsentwicklung und stetiges Wirtschaftswachstum voraus. Dies ist eine zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik und soll durch staatliche Eingriffe in die Wirtschaftsprozesse im Zuge der Konjunktur- und Sozialpolitik ermöglicht werden. Die politischen Maßnahmen sollen die stabile Wirtschaftsentwicklung flankieren und stützen. Mit diesem volkswirtschaftlichen Konzept wird daher versucht, verschiedene volkswirtschaftliche Ziele gleichzeitig zu verfolgen. Dies sind ein hoher Beschäftigungsstand, ein stabiles Preisniveau, ein stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum und ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht.

Zusätzlich zu den marktwirtschaftlichen Grundprinzipien formulierte Müller-Armack die methodischen Leitideen der Sozialen Marktwirtschaft.³⁰ Müller-Armack sah die Soziale Marktwirtschaft eher als Leitbild, denn als fixes Konzept zur konkreten Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik. Die Soziale Marktwirtschaft wird zur Umsetzungsstrategie der ordoliberalen Theorie. Müller-Armack betont den adaptiven Charakter, d.h. die konkrete Ausgestaltung ist abhängig von den Anforderungen der jeweiligen Zeit. Die Soziale Marktwirtschaft wird dadurch zu einem taktisch-anpassungsfähigen Programm zur Umsetzung ordoliberaler Politik. Eine weitere Leitidee ist die irenische oder friedensstiftende Formel als ein Modus zur Erhaltung des sozialen Friedens. Die Interessen der vier geistigen Mächte Katholizismus, Protestantismus, demokratischer Sozialismus und Liberalismus werden zusammengeführt.

Die Interessen einzelner Gruppen werden taktisch bedingt berücksichtigt, um eine harmonische Marktgesellschaft sicherzustellen. Gesellschaftspolitische Gestaltungs-

²⁹ Vgl. Forner (2022), S. 129

³⁰ Vgl. Biebricher (2020), S. 110ff

und Entwicklungsvorschläge hatte neben Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke, Vertreter des soziologischen Flügels des Ordoliberalismus, auch Alfred Müller-Armack. Die Soziale Marktwirtschaft sollte auch eine marktkonforme Sozialpolitik umfassen. Die konkrete Ausgestaltung der Sozialpolitik sollte wie die Wirtschaftspolitik situationsangepasst sein. Grundlegend für die Finanzierbarkeit von Sozialleistungen ist aber die marktwirtschaftliche Basis um entsprechende Steuereinnahmen sicherstellen zu können.

Die deutsche und österreichische Volkswirtschaft wurde nach dem Zweiten Weltkrieg grundsätzlich als Soziale Marktwirtschaft konzipiert. Der Austausch von Waren und Dienstleistungen erfolgt anhand von Angebot und Nachfrage, wobei diese die freie Bildung eines Marktpreises bestimmen. Nur im Falle eines Nichtfunktionierens des Wettbewerbs und der freien Preisbildung sind staatliche Interventionen zulässig. Das genaue Ausbalancieren zwischen freier Wirtschaft und staatlicher Interventionen soll fall- und zeitpunktspezifisch erfolgen. In der Bundesrepublik Deutschland wurden die volkswirtschaftlichen Ziele, die in Einzelsituationen auch divergieren können, im Stabilitätsgesetz verankert. Durch die Zweiteilung Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg erfolgte eine stärkere Positionierung zwischen dem liberalen, kapitalistischen Westeuropa bzw. den USA und dem kommunistischen Osteuropa bzw. der UdSSR.

In Österreich erfolgte keine vergleichbare Verankerung der Wirtschaftsorganisation und wirtschaftlicher Zielsetzungen in der Bundesverfassung. Die divergierenden Positionen der politischen Parteien verhinderten dies. Etwa erfolgte erst 1931 die Umbenennung der *Sozialistischen* Partei Österreich in *Sozialdemokratische Partei* Österreich. Die Wirtschaftsordnung ist damit nicht gesetzlich verankert. Die Grundsätze der österreichischen Wirtschaftspolitik ergeben sich aber mittelbar aus den allgemeinen Verfassungsbestimmungen, wodurch auch in Österreich grundlegende Leitlinien der Wirtschaftspolitik vorhanden sind. Der Rechtsstaat, die Trennung von Staat und Gesellschaft und die Grundrechte des freien Wirtschaftens begründen Österreich im Grundsatz als freie Marktwirtschaft. Zusätzliche wirtschaftspolitische Schwerpunkte ergibt die Verankerung von sozialen und ökologischen Richtlinien in der Verfassung. Diese Grundsätze finden sich auch in den Gesetzen der Europäischen Union, wodurch die Leitlinien der sozialen und

ökologischen Marktwirtschaft auch im Kontext der europäischen Union verfolgt werden.³¹

4.3 ANALYSE DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT AUS DER GOUVERNMENTALITÄTSPERSPEKTIVE

Die Ordnung der Wirtschaft nach den Prinzipien des Ordoliberalismus und die Soziale Marktwirtschaft sind von zentraler Bedeutung für die Neugründung eines souveränen deutschen Nationalstaats nach dem Zweiten Weltkrieg. Dieser Umstand erzeugt für Foucault eine neue Art von Denken in der deutschen Regierungsführung. Foucault untersucht in seinen Gouvernementalitätsstudien die Rationalitäten und Technologien von Regierungen, um politische Macht zu erlangen und zu erhalten. Der Begriff Gouvernementalität ist eine Begriffsschöpfung von Foucault. Damit werden verschiedene Aspekte bezeichnet wie vorherrschende Denksysteme von Regierungen und Regierungstechniken zur Steuerung von Gesellschaften und Individuen.³²

Die Untersuchung setzt aber bereits grundsätzlicher und früher an. Foucault beschreibt bereits die mittelalterliche Führung der Menschen durch das Christentum im Sinne des jüdischen Hirten und die Ausübung von Macht im Territorialstaat des im 16. Jahrhundert herrschenden Fürsten. Mit der Bedeutungszunahme des Liberalismus ab der Mitte des 18. Jahrhunderts wandelt sich die Kunst des Regierens zu einer politischen Wissenschaft. Dazu stellt Foucault als Leitfrage des Liberalismus bezüglich der staatlichen Macht: *Was ist der Nutzwert der Regierung und aller Regierungshandlungen in einer Gesellschaft, in der der Tausch den wahren Wert der Dinge bestimmt?*³³

Zum Verständnis dieser Frage muss die Bedeutung der Freiheit im Liberalismus verdeutlicht werden. Das Regierungshandeln ist mit der Verbreitung des Liberalismus ab dem 18. Jahrhundert durch das Spezifikum individueller Freiheit gekennzeichnet. Die Regierungsführung räumt den Gesellschaftsmitgliedern individuelle Freiheit ein. Gleichzeitig wird dadurch die Macht der Regierung begrenzt. Foucault bezeichnet diese Selbstbegrenzung der Regierung als gouvernementale Vernunft. Die Regelung

³¹ Vgl. Binder/Trauner (2016)

³² Vgl. Foucault (2020), S. 484

³³ Foucault (2020), S. 76

des Lebens in einer Gemeinschaft erfolgt somit nicht mehr ausschließlich durch die Regierungskunst des Fürsten oder den Verwaltungsapparat des merkantilistischen Polizeistaats. Die Wahrheitsfindung erfolgt dann durch den Markt, der durch die freie Preisbildung bestimmt ist. Foucault definiert den Markt als *Ort der Veridiktion, was die Beziehung zwischen Wert und Preis angeht*.³⁴ Durch das Prinzip des freien Marktes und der Selbstbegrenzung des Staates sollen individuelle und kollektive Interessen berücksichtigt werden. Das gesuchte Gleichgewicht zwischen freiem Markt und staatlichem Eingriff soll individuellen ökonomischen Profit bei gleichzeitigem sozialem Ausgleich ermöglichen. Im Sinne des Liberalismus wird die staatliche Macht also durch die Freiheit der Individuen begrenzt.

Das Ziel des Regierens ist nun, die Gesellschaft zu analysieren und zu steuern. Damit verschiebt sich die Machtbasis von einem absolutistischen Herrscher hin zu einer Regierung, die durch ihre Entscheidungen das Leben der Bevölkerung in einem Staat lenkt. Als Instrument für die ökonomische und demographische Steuerung dient die neue Wissenschaft der politischen Ökonomie. Der antike Begriff der Ökonomie mit der Sorge um den eigenen Haushalt und seine Mitglieder wird damit auf die Regierung und die Bevölkerung in einem Staat ausgeweitet. Foucault fragt dazu weiter: *Kann man dann sagen, und dies ist der Einsatz dessen, was ich analysieren möchte, dass die Gesamtökonomie der Macht in unseren Gesellschaften dabei ist, zur Sicherheitsordnung zu werden?*³⁵ Die Ausübung staatlicher Macht zielt demnach in das Innere des Staates auf die Aufrechterhaltung von Sicherheit. Dieses Zitat definiert als Aufgabe einer dem Individuum übergeordneten Macht -neben der Förderung des öffentlichen Lebens der Bevölkerung- den Erhalt der sozialen Ordnung. Diese Macht wird neben der Regierung auch vom Staat in Form einer Vielzahl von Institutionen repräsentiert und ausgeübt. Sicherheit bedeutet in einer liberalen Gesellschaft die Eindämmung von Risiken, die das freie Agieren der Gesellschaftsmitglieder gefährden kann. Anhand des Instruments der politischen Ökonomie ist das je richtige Maß der Beschränkung des Regierungshandelns zu finden. Die Abwägung erfolgt immer entlang der Kategorien der Interessen der individuellen Marktteilnehmer und den sozialen Interessen der Gemeinschaft.

³⁴ Foucault (2022), S. 73

³⁵ Foucault (2020), S. 26

Foucault unterscheidet bei seiner Analyse verschiedene Perspektiven. Der Untersuchungsgegenstand ist die Theorie und Praxis des Regierens mit ihren spezifischen Rationalitäten und Technologien. Der Begriff Rationalitäten bezeichnet hier die Art des Denkens von Regierungen. Regierungsrationalitäten sind damit bestimmte Denk- und Verhaltensweisen bei den Regierenden mit Wirkung auf die Regierten. Als Technologien dienen Regierungen statistische und kartografische Verfahren sowie Theorien zur Menschenführung. Individuen werden damit zu Objekten des Regierungshandelns. Menschen sollen durch die spezifischen Regierungspraktiken erzogen und gelenkt werden. Foucault identifiziert die politische Ökonomie als die Wissenschaft, die diesem Ziel ab dem 18. Jahrhundert zugrunde liegt. Der von Foucault geschaffene Begriff Gouvernementalität fasst die einzelnen Aspekte zusammen: die Bevölkerung ist das Ziel, die politische Ökonomie ist die Wissensform und Sicherheitsdispositive sind das Instrument der Regierung und der staatlichen Institutionen zur Kontrolle und Verwaltung von Risiken.³⁶ In diesem Zusammenhang ist auf ein Begriffsverständnis von Foucault hinzuweisen. Politische Rationalitäten und Technologien folgen nicht einer normativen Wertung, sondern haben relationalen Charakter. Die konkrete Ausgestaltung des Regierungshandelns und politischer Maßnahmen ist daher von veränderbaren Machtverhältnissen abhängig. Die Intention von Foucault ist daher, das Netz von konstruierten Kräfteverhältnissen, Interessen und Strategien aufzuzeigen, das sich aufgrund bestehender sozialer Verhältnisse herausbildet.³⁷

Im Lichte des in dieser Arbeit untersuchten Verhältnisses und Wechselspiels zwischen Demokratie und Wirtschaft kann festgehalten werden, dass in Foucaults Analyse die liberale staatliche Gouvernementalität mit ihrer Selbstbeschränkung die bürgerlichen Freiheiten stiftet. Die Selbstbeschränkung des Staates ermöglicht den Freiraum zur ökonomischen Entfaltung des Individuums. Der Staat zieht sich auf die Regulierung der Risiken, die den freien Markttausch behindern können, zurück. Die Regulierung der staatlichen Macht erfolgt dann nicht wie bei Polanyi in einem Wechselspiel zwischen Wirtschaftsliberalismus und Sozialdemokratie, sondern anhand einer Eigenregulierung der Herrschaftsmacht in Abwägung des individuellen und sozialen Nutzens. Den Maßstab bilden dann wirtschaftspolitisch messbare Steuerungsgrößen

³⁶ Vgl. Foucault (2020), S. 162

³⁷ Vgl. Bröckling/Krasmann/Lemke (2019), S. 21

und daraus ableitbare Handlungsempfehlungen für die Regierung. Das Maß einer möglichen Marktregulierung ist die Nützlichkeit von Maßnahmen.

Die Krise des Liberalismus, die auch bei Polanyi eindrucksvoll mit dem Erstarken des Faschismus beschrieben wird, führt zu Neukonzeptionen der liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie. Foucault ist daher weiterführend an der Suche nach orientierenden Denkhaltungen interessiert, die den westlichen Demokratien im 20. Jahrhundert zugrunde liegen.

Als Reaktion auf die starken staatlichen Eingriffe in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstehen in Deutschland und den USA neue liberale Denkschulen. Als Ausgangspunkt in Europa dient wie erwähnt die Freiburger Schule des Ordoliberalismus, die die wirtschaftspolitische Ausrichtung in Deutschland der Nachkriegszeit prägte. Aus dieser Perspektive beschreibt Foucault auch die historische Entwicklung der modernen Gesellschaften. Der neuzeitliche Staat war eng mit dem Liberalismus verbunden. Im 20. Jahrhundert war der Neoliberalismus maßgeblich prägend bei der Neukonstitution westlicher Demokratien, was Foucault an den Beispielen Deutschland, Frankreich und USA beschreibt. Den Begriff und die Herausbildung einer Marktgesellschaft hatte bereits Karl Polanyi beschrieben. Michel Foucault führt diesen Gedanken weiter mit einer detaillierten Beschreibung der Gesellschaftsentwicklung in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die neoliberale Gesellschaft entwickelt sich nach Foucault zu einer Unternehmensgesellschaft. Ein Schlagwort in diesem Zusammenhang ist der Begriff des Homo oeconomicus. Im Neoliberalismus sind das Individuum und die Gesellschaft Objekte des Regierungshandelns. Die Individuen werden entsprechend dem neoliberalen und ordoliberalen Leitbild regiert. Durch diese Fremdsteuerung sollen die Individuen zu Subjekten der Marktgesellschaft erzogen werden und sich fortan durch Selbststeuerung leitbildkonform verhalten. Foucault bezeichnet dieses Zusammenspiel von Fremd- und Selbstbestimmung als Subjektivierungsmacht. Die Individuen sollen als Objekt von Regierungshandlungen im gewünschten Sinn erzogen werden. Zusätzlich sollen sie in ihrer Subjektwerdung geleitet werden und Werte wie Selbstdisziplin und Selbstmanagement entwickeln. Grundlegende Ansätze zu dieser Regierungsrationalität findet Foucault in der ordoliberalen Gesellschaftstheorie von Walter Eucken, die in ihren Grundzügen oben vorgestellt wurde. Hier soll die -neben

der Wirtschaftsverfassung- definierte Gesellschaftspolitik beleuchtet werden, von der auch der amerikanische Neoliberalismus abgegrenzt werden kann.

Dazu schreibt Foucault: *Dies Neuformierung der Gesellschaft nach dem Modell des Unternehmens und der Unternehmen, und zwar bis in die kleinste Einzelheit, ist also ein Aspekt der Gesellschaftspolitik der deutschen Ordoliberalen.*³⁸ Jedes Individuum soll sich nach *Maßgabe des Unternehmens* in die Gesellschaft eingliedern. Das Mitglied einer Marktgesellschaft, das im neo- bzw. ordoliberalen Sinn handelt, wird als Homo oeconomicus bezeichnet. Der Homo oeconomicus handelt strikt nach dem Prinzip, den eigenen Nutzen zu maximieren. Dies umfasst auch die Reaktion auf staatliche Anreize. Der Homo oeconomicus liegt damit im Kreuzungspunkt zwischen Eigen- und Fremdbestimmung.³⁹ Diese Konzeption des Liberalismus ermöglicht den Gesellschaftsmitgliedern Freiheit, wobei hier eine *künstlich arrangierte Freiheit* vorliegt. Der Staat ermöglicht den Markttasch der *ökonomisch-rationalen Individuen*.⁴⁰ Ein weiterer Aspekt des Homo oeconomicus ist die Übernahme von Verantwortung für die Ausschöpfung seines Potentials. Dies liegt dem liberalen Verständnis nach beim Individuum selbst. Nicht der Staat ist für die Beförderung von Individuen durch die gleichmäßige Ausstattung mit Ressourcen verantwortlich, sondern das Individuum ist für sein Lebensglück selbst verantwortlich.

Im Ausmaß, inwiefern das Konzept des Homo oeconomicus auf andere Lebensbereiche umzulegen ist, liegt eine Unterscheidung des deutschen Ordoliberalismus vom US-amerikanischen Neoliberalismus. Im Ordoliberalismus ist neben der Unternehmensform eine zweite Stütze des Organisationsmodells die Gesellschaftspolitik. Foucault bezieht sich hier auf Alexander Rüstow mit dem Verweis auf menschliche Ankerpunkte, die im Zuge einer Vitalpolitik einen Ausgleich zu der rein rationalen und wirtschaftlichen Betrachtungsweise bilden sollen. Wilhelm Röpke sieht den Wettbewerb in moralischer und gesellschaftlicher Hinsicht als Prinzip, das die Stabilität der Gesellschaft untergräbt. Diese ordoliberalen Theoretiker definieren die Stellung der Gesellschaft demnach als am Markt orientiert, die aber die Auswirkungen des Marktes selbst ausgleichen soll. Der Staat wird damit zur Setzung eines politischen und moralischen Rahmens legitimiert. Dadurch soll die

³⁸ Foucault (2022), S. 333

³⁹ Vgl. Foucault (2022), S. 349

⁴⁰ Vgl. Bröckling/Krasmann/Lemke (2019), S. 15

gesellschaftliche Verwurzelung der Menschen und Kooperation untereinander gewährleistet werden.⁴¹

In Abgrenzung dazu stellt der Neoliberalismus der USA einen deutlich stärkeren Anspruch, die ökonomische Denk- und Handlungsweise auf andere Lebensbereiche auszuweiten. Gery Becker entwickelt den neoliberalen Ansatz zur Humankapitaltheorie weiter. Dabei wird das Konzept des streng wirtschaftlich nach Nutzenkalkülen agierenden Individuums auch auf andere Lebensbereiche wie Bildung, Haushalt oder Strafrecht übertragen. Ein weiterer Anwendungsbereich des neoliberalen Nutzenkalküls ist die ständige ökonomische Beurteilung des Regierungshandelns, da jede Handlung der Regierung eine Einschränkung der individuellen Freiheit darstellt.

Zurückkommend auf den Untersuchungsfokus in dieser Arbeit lässt sich festhalten, dass mit der Konzeption der deutschen Verfassung nach dem Zweiten Weltkrieg auch in Deutschland das wirtschaftliche Denken das politische Geschehen determiniert. Die Wirtschaftsentwicklung und das Wirtschaftswachstum erzeugen politische Souveränität. Dazu tragen alle einzelnen Wirtschaftspartner durch ihr freies Handeln und ihre Interaktionen bei und erzeugen einen politischen Konsens. Die Interaktionen der Individuen implizieren damit die Zustimmung der Bevölkerung zum Ordnungssystem.⁴² Die wirtschaftliche Freiheit begründet auf diese Weise die Legitimität des Staats.⁴³ Im Fall von Deutschland sieht Foucault die gewohnte Ordnung eines Staates, der die wirtschaftliche Freiheit legitimiert, umgekehrt zu einer Wirtschaft, die die Legitimität des Staates erst begründet.⁴⁴ Diese besondere Situation ergibt sich aus der beschriebenen Genese der erneuten Selbstständigkeit der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Erst die starke Betonung der Marktwirtschaft als konstituierendes Prinzip der deutschen Rechtsordnung ermöglichte die Zustimmung der Besatzungsmächte zur Selbstständigkeit Deutschlands. Die Schwerpunkte der deutschen Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg wurden wie beschrieben mit dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft festgelegt. Die Grundlage hierfür bietet die ordoliberalen Theorie. Diese gibt auch den

⁴¹ Vgl. Foucault (2022), S. 335

⁴² Vgl. Foucault (2020), S. 124

⁴³ Vgl. Foucault (2020), S. 122

⁴⁴ Vgl. Foucault (2020), S. 138

maßgeblichen Ansatz für das Verhältnis von Demokratie und kapitalistischer Wirtschaft in Deutschland. Verankert werden die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundsätze in der Rechtsordnung. Das positive Recht bildet damit die Ermöglichung und gleichzeitig Begrenzung der individuellen Freiheit. Im deutschen Ordoliberalismus wird dieser Zusammenhang als Einheit von Freiheit und Bindung bezeichnet.⁴⁵ Im deutschen Sozialstaat wird versucht, Individuen durch Umverteilung und Unterstützung Möglichkeiten zu einem guten Leben zu schaffen. Die Gesellschaftsmitglieder sollen durch Unterstützungsleistungen zu einem selbstbestimmten Leben über einem bestimmten Mindestniveau befähigt werden.⁴⁶ Die Umverteilung stellt in der vorgestellten ökonomisch radikaleren neoliberalen Ansicht unberechtigte politische Interventionen in das Marktgeschehen dar. Das neoliberale Freiheitsverständnis ist dann rein durch wirtschaftliche Freiheit definiert, um die freie Entfaltung der Marktkräfte zu ermöglichen. Die politische Freiheit der Gesellschaftsgestaltung wird vielmehr als Bedrohung der Marktgesellschaft abgelehnt.⁴⁷

Von diesem Verständnis des Gesellschaftsbezugs sieht Foucault eine Abgrenzung zwischen amerikanischem Neoliberalismus und deutschem Ordoliberalismus. Ein wesentliches Element des Ordoliberalismus sind die Überlegungen zur Gestaltung einer Gesellschaftspolitik. Foucault definiert in seiner Untersuchung als Bezugspunkt für die Regierung neben der idealtypischen Ökonomie und dem homo oeconomicus die bürgerliche Gesellschaft. Der Anspruch an die politische Kunst des Regierens lautet dann: *Die allgegenwärtige Regierung, eine Regierung, der nichts entgeht, eine Regierung, die die Regeln des Rechts befolgt, und eine Regierung, die dennoch die Besonderheit der Wirtschaft berücksichtigt, wird eine Regierung sein, die die bürgerliche Gesellschaft, die Nation, die Gesellschaft, das Soziale leiten wird.*⁴⁸ Eine umsichtige liberale Politik hat die bei Polanyi deutlich herausgearbeiteten gegensätzlichen Interessen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Kapital und Arbeitskraft, Ökonomie und Gesellschaft gleichzeitig im Blick zu haben und zu berücksichtigen. Der entscheidende Anspruch an eine Regierung entsprechend den

⁴⁵ Vgl. Ptak (2016), S.57

⁴⁶ Vgl. z.B. Martha Nussbaum und Amartya Sen mit dem Capability Approach

⁴⁷ Vgl. Ptak (2016), S. 59

⁴⁸ Foucault (2020), S. 405f

Prinzipien des Liberalismus hat dann das rechte Maß ihrer Begrenzung zum Ziel. In den jeweiligen gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Situationen ist für die Regierung zu beurteilen, ab wo der Markt als Entscheidungskriterium für den Interessenausgleich dient. Foucault bezeichnet dies als gouvernementale Vernunft. Nochmals sei festgehalten, dass die liberale Regierung mit der Selbstbegrenzung ihres eigenen Handlungsspielraums den Freiraum für die Entfaltung der Individuen schafft. Ein derart geordneter Liberalismus kann dann bürgerliche Freiheiten garantieren. Diesen Freiraum durch die Begrenzung der Macht des Souveräns ermöglicht der Ordoliberalismus als Ansatz zur Gestaltung des Verhältnisses von Wirtschaft und Demokratie.

Wie oben beschrieben prägte die ordoliberalen Theorie mit dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft die Wirtschaftspolitik Deutschlands in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die deutsche Volkswirtschaft ist heute in die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion integriert. Die demographische und wirtschaftliche Größe macht Deutschland zu einem der dominierenden Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union. So prägt die Diskussion über das Verhältnis von Demokratie und Wirtschaft in der EU die politische Debatte seit Jahrzehnten. Während die wirtschaftliche Integration weit fortgeschritten ist, liegt die politische Macht weiterhin zu einem maßgeblichen Teil in der Hand der nationalen Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten. Das deutsche Staatsmodell, das wie beschrieben stark vom Ordoliberalismus geprägt wurde, steht daher in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa. Da die politische Integration der EU-Mitgliedsstaaten in die Europäische Union bis heute nicht in dem Maß wie die wirtschaftliche Integration erfolgte, wird auch über eine Wiederstärkung der Nationalökonomien diskutiert. Zwei gegensätzliche Stimmen hinsichtlich dieser Frage sind der EU-Skeptiker Wolfgang Streeck und Jürgen Habermas, der die EU zu einer politischen Union weiterentwickeln möchte. Diese Diskussion um das zeitlich weiterführende Verhältnis von Demokratie und Wirtschaft soll in den nächsten Kapiteln dieser Arbeit beleuchtet werden.

5 WOLFGANG STREECK: ZWISCHEN DEMOKRATIE UND KAPITALISMUS

In dieser Arbeit liegt der Untersuchungsschwerpunkt auf dem Einfluss des Liberalismus in Europa. Karl Polanyi beschrieb diesen Einfluss auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert. Nach der Zäsur des 2. Weltkriegs analysierte Michel Foucault mit seiner Gouvernementalitätsperspektive die Entwicklung des Ordoliberalismus und Neoliberalismus in Europa in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts. Daran anknüpfend wird in diesem Kapitel anhand der Arbeit des deutschen Soziologen Wolfgang Streeck die weitere Entwicklung gegen Ende des 20. und beginnenden 21. Jahrhundert vorgestellt. Streeck beschreibt in seinen Büchern „Gekaufte Zeit“ und „Zwischen Demokratie und Kapitalismus“ die aktuellen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in der Europäischen Union als Folge der Ausbreitung des Neoliberalismus in Europa ab den 1970er Jahren. Das Verhältnis von Demokratie und Wirtschaft ist aus der Balance geraten. Die wirtschaftliche Globalisierung ist seit der Jahrtausendwende vorangeschritten. Die Staaten Europas haben in mehreren Integrationsschritten einen gemeinsamen Wirtschaftsraum geschaffen. Zusätzlich können sie gegenüber Drittstaaten als politisch stärkere Wirtschaftsmacht auftreten. Hierbei ist aber festzuhalten, dass ein wesentlicher Teil der politischen Entscheidungsmacht beim Europäischen Rat und damit bei den Regierungen der Mitgliedstaaten liegt. Demnach steht die Europäische Union heute am Scheideweg zwischen einer weiteren politischen Integration der europäischen Nationalstaaten in eine supranationale Union oder der von Streeck favorisierten Rückabwicklung von europäischen Errungenschaften wie der Wirtschafts- und Währungsunion und der Stärkung der nationalstaatlichen Ebene im wirtschaftlichen und politischen Bereich.

5.1 GEKAUFTE ZEIT

5.1.1 Die Krise des demokratischen Kapitalismus

Wolfgang Streeck beschreibt in seinem Buch „Gekaufte Zeit“ mögliche Ursachen für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen in den vergangenen 50 Jahren.

Diese Probleme bewirkten eine schwindende Legitimation des kapitalistischen Wirtschaftssystems und des demokratischen Politsystems in Europa. Streeck argumentiert im Sinne Polanyis, dass das Gleichgewicht zwischen Wirtschaft und Politik zunehmend gestört ist. Zentrale Entscheidungen in wirtschaftlichen und politischen Fragen werden demnach zunehmend auf supranationaler Ebene und von demokratisch nicht ausreichend legitimierten Institutionen getroffen. Streeck sieht diese Entwicklung als Folge einer seit den 1970er Jahren einsetzenden Krisensequenz.

Im Unterschied dazu war die Zeit von 1945 bis 1970 durch wirtschaftlichen Aufschwung und Stabilität geprägt. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde in nord- und mitteleuropäischen Staaten der Sozialstaat ausgebaut. Die zweieinhalb Jahrzehnte von 1945 bis 1970 waren geprägt vom Geist des Ordoliberalismus und der optimistischen Vorstellung einer Steuerbarkeit des Kapitalismus. In der Diktion Polanyis war das Pendel zugunsten der Politik ausgeschlagen. Das Primat lag bei der politischen Steuerung und Rahmensetzung auf einer Sozialen Marktwirtschaft.⁴⁹ Das strikte Konzept des Ordoliberalismus, dessen Ausbreitung bereits von Michel Foucault offengelegt wurde, waren jedoch nicht das einzige Leitbild. Vielmehr wurde in den westeuropäischen Staaten der Sozialstaat ausgebaut, der die marktwirtschaftliche Ordnung flankieren sollte. Die Soziale Marktwirtschaft stellte in Deutschland und Österreich eine Konzeption zur Umsetzung liberaler Wirtschaftspolitik dar, deren Auswirkungen durch sozialen Ausgleich abgemildert werden sollten. Dadurch sollte die Soziale Marktwirtschaft zu einem Alternativmodell zum Keynesianismus werden, der bis in die 1970er Jahre die vorherrschende Wirtschaftstheorie in Westeuropa war. Erst die Stagflation, d.h. die Kombination hoher Inflation mit einem stagnierenden Wirtschaftswachstum, die von der keynesianischen Theorie nicht ausreichend erklärt werden konnte, führte zu einer nachhaltigen Durchsetzung alternativer Wirtschaftsmodelle in Westeuropa und den USA. Während der Keynesianismus von der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage als entscheidender Größe für Wirtschaftswachstum ausgeht, ist die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik auf die Schaffung investitions- und unternehmensfreundlicher Wirtschaftsbedingungen ausgerichtet. Zur Belebung stagnierender Wirtschaftsprozesse sollen

⁴⁹ Vgl. Streeck (2016), S. 78

Steuersenkungen und eine Reduzierung staatlicher Regulierungen beitragen. Unternehmen sollen finanziellen Spielraum für Investitionen erhalten. Das Ziel der beiden gegeneinanderstehenden Konzepte ist jeweils die Förderung von Wachstum und Beschäftigung. Allein die Schwerpunktsetzung auf die Nachfragerseite wie Beschäftigte und Konsumenten oder die Angebotsseite wie Unternehmen und Anbieter unterscheidet die volkswirtschaftlichen Theorien grundsätzlich. In der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung ist dieser Konflikt grundlegend in den unterschiedlichen Interessen von Gewerkschaften als Vertreter der Beschäftigten und Industrieverbänden als Vertreter von Unternehmen grundgelegt.

Der Ökonom Alfred Müller-Armack versuchte mit dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft diese Gegensätze grundsätzlich zu überbrücken. Die Interessen der jeweiligen Positionen sollen mit der sogenannten irenischen Formel ausgeglichen werden. Der Ausbau des Korporatismus bzw. der Verbändestruktur sollte den sozialen Frieden sicherstellen. Die Schwerpunktsetzungen in der konkreten Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik sollte situationsspezifisch entsprechend den jeweiligen Anforderungen der Zeit möglich sein. Die 1950er Jahre waren geprägt vom Ausbau des Sozialstaats und damit der Korrektur des Marktgeschehens. Die Rezession ab Mitte der 1960er Jahre führte zu einer aktiven Konjunkturpolitik und erhöhten Staatsausgaben im Sinne des Keynesianismus. Das Zentrum der Ordnungspolitik bildete aber weiterhin die freie Marktwirtschaft mit der zentralen Zielsetzung der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit. Die 1970er Jahre bilden in der Beschreibung von Wolfgang Streeck schließlich einen Wendepunkt der westeuropäischen und US-amerikanischen Wirtschaftspolitik. Auslöser einer Rezession in diesen Ländern waren Ölpreisschocks in den Jahren 1973 und 1979. Die Güterproduktion und die Unternehmensgewinne sanken, die Preise bzw. die Inflation stiegen aufgrund des verringerten Angebots. Steigende Arbeitslosigkeit und Sozialausgaben führten zu einem Anstieg der öffentlichen Verschuldung. Als Reaktion auf die hohe Arbeitslosigkeit sollten -zusätzlich zu den genannten konjunkturpolitischen Maßnahmen- Verteilungskonflikte durch eine expansive Geldpolitik vermieden werden. Dies führte jedoch neben einer weiterhin stagnierenden Wirtschaft zu einem erneuten Anstieg der Inflation. Die keynesianische Wirtschaftspolitik konnte gegen das Problem der Stagflation, d.h. Stagnation des Wirtschaftswachstums bei gleichzeitiger hoher Inflation, der 1970er Jahre keine geeigneten Maßnahmen setzen. Ab Mitte der

1970er Jahre wurde daher der wirtschaftspolitische Schwerpunkt in der sozialen Marktwirtschaft verstärkt auf die Ordnungspolitik gelegt. Die Ideen des Ordoliberalismus wurden in Deutschland einflussreicher. Die Vorstellung von einer angebotsorientierten Steuerbarkeit der Wirtschaftspolitik sollte die kommenden Jahrzehnte der Wirtschaftspolitik in Deutschland dominieren. Das Primat des Handelns lag weiterhin bei der Politik, die Schwerpunktsetzung verschob sich aber. Streeck bezeichnet diese Maßnahmen auch als Illusionsmethoden⁵⁰, die die wirtschaftlichen Probleme lediglich in die Zukunft verschoben. Dem Zeitgeist entsprechend sahen selbst linke politische Theorien die kapitalistische Ökonomie als technokratisch beherrschbare Wohlstandsmaschine.⁵¹ Diese Selbstverständlichkeit wirtschaftlicher Wohlstandssteigerung endete mit der erwähnten Wirtschaftskrise der 1970er Jahre. Streeck spricht daher von einer Legitimationskrise des Kapitalismus in den westlichen Demokratien. Neben dem Staat und den Lohnabhängigen sind auch die Kapitalinvestoren eine entscheidende Interessensgruppe, deren Vertrauen in eine Marktwirtschaft sicherzustellen ist. Streeck sieht darin eine neue Art von Legitimationskrisen⁵², in denen einzelnen Volkswirtschaften das Vertrauen der Märkte entzogen wird. Ein Mangel an investiertem Kapital führt dann zu wirtschaftlichen Problemen wie Arbeitslosigkeit und zu geringem Wirtschaftswachstum. Das Versprechen der marktwirtschaftlichen Ordnung in einem demokratischen Rahmen hatte eine Ausweitung des Wohlstands für alle Bevölkerungsschichten versprochen. Dadurch konnte Ausgleich zwischen Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit und damit sozialer Friede für die Nachkriegsjahrzehnte gesichert werden. Diese Legitimation für Einkommens- und Vermögensunterschiede geriet nun in eine Krise. Das Kräfteverhältnis zwischen Demokratie und Wirtschaft begann sich aufzuweichen und zugunsten Zweiterer zu verschieben.

Beginnend in Großbritannien und den USA setzte sich nach dem zweiten Ölpreisschock 1979 ab den 1980er Jahren bereits deutlich wirtschaftsliberalere Methoden durch. Margaret Thatcher und Ronald Reagan prägten mit einer wirtschafts- und investitionsfreundlicheren Politik ein neues Erstarken des Neoliberalismus. Staatliche Betriebe wurden privatisiert. Die Märkte für Güter, Dienstleistungen und

⁵⁰ Vgl. Streeck (2016), S. 114

⁵¹ Vgl. Streeck (2015), S. 55

⁵² Vgl. Streeck (2015), S. 65

Kapital wurden dereguliert. Die neue Leitmaxime für die Beurteilung von Investitions- und Anlageprojekten war die Kennzahl Shareholder Value, d.h. die laufende Bewertung des Unternehmenserfolgs zu Marktpreisen. Einhergehend mit der voranschreitenden Globalisierung wurden Gewerkschaftsforderungen und das politische Ziel Vollbeschäftigung zunehmend zurückgewiesen und Arbeitsverhältnisse flexibilisiert. Das zentrale Argument zur Durchsetzung dieser Liberalisierung war, dass die Wettbewerbsfähigkeit erhalten werden müsse. Damit setzte eine neue Ausverhandlung des Gesellschaftsvertrags und des Wohlfahrtsstaates zwischen Investoren und Lohnabhängigen ein.⁵³ Das politische Ziel der Vollbeschäftigung wurde aufgeweicht und der im Wirtschaftsprozess erzielte Überschuss wurde -gemessen an den Reallohnzuwächsen- tendenziell weniger an die Lohnabhängigen weitergegeben. Daneben wurde von den Individuen stärker eingefordert, auch eigenverantwortlich für die eigene Pension vorzusorgen und eigeninitiativ ihre Kenntnisse und Fertigkeiten entsprechend den Marktanforderungen laufend weiterzuentwickeln.

Streeck beschreibt die politischen Reaktionen auf diese Krisen als Beginn eines Kreislaufs. In den folgenden Jahrzehnten wurden demnach unter dem Motto „Gekaufte Zeit“ immer neue Methoden entworfen, damit die Illusion steigenden Wohlstands für die Gesamtbevölkerung durch den demokratischen Kapitalismus aufrechterhalten werden konnte. In den 1970er Jahren stieg wie beschrieben die Inflation. Als Stabilisierungsmaßnahme wurde der Leitzins deutlich erhöht, z.B. in den USA im Zuge des sogenannten Volcker-Schocks, benannt nach Paul Volcker, dem damaligen Vorsitzenden der US-amerikanischen Zentralbank FED. Der Leitzins wurde auf über 20% erhöht. Mit der erwünschten Deflationierung gingen aber eine Wirtschaftsrezession und damit steigende Arbeitslosigkeit einher. Die Inflationsbekämpfung in den 1980er Jahren führte damit zur Situation, dass Vollbeschäftigung als Versprechen des demokratischen Kapitalismus nicht eingehalten werden konnte, was weitere Stabilisierungsmaßnahmen erforderlich machte. Der Staat sah sich mit steigenden Ausgaben wie zum Beispiel der Arbeitslosenunterstützung konfrontiert. Da die Finanzierungslücke nicht durch unpopuläre Steuererhöhungen oder einen Rückbau des umfassenden Sozialstaats ausgeglichen werden sollte, nahmen die Staaten ab den 1980er Jahren verstärkt

⁵³ Vgl. Streeck (2016), S. 98

Kredite bei privaten Geldgebern auf. Dies bewirkte einen deutlichen Anstieg der Staatsverschuldung, z.B. mit einer Verdopplung in Deutschland oder einer Verdreifachung in Schweden. In Österreich erhöhte sich die Schuldenquote, d.h. das Verhältnis von Staatsschulden zur Wirtschaftsleistung, von knapp 20% im Jahr 1970 binnen 15 Jahren auf knapp 50% im Jahr 1985.⁵⁴ Der rasante Anstieg der Staatsverschuldung ließ gegen Ende der 1980er Jahre die Politik andere Maßnahmen zur Abdeckung der Wohlfahrtskosten andenken. Der beginnende Abbau von Sozialleistungen verringerte das öffentliche Haushaltsdefizit. Gleichzeitig stieg aber die Verschuldung der privaten Haushalte. Zum Beispiel wurde die private Pensionsversicherung neben der öffentlichen und betrieblichen Säule um eine dritte private Säule erweitert. Die Schulden wurden damit vom öffentlichen zum privaten Bereich verschoben. Der Gesamtschuldenstand in den einzelnen Volkswirtschaften verringerte sich aber nicht. Streeck bezeichnet diesen Umstand in Anlehnung an Colin Crouch als privaten Keynesianismus.⁵⁵

Als Zwischenfazit ist dieser Umstand eine logische Konsequenz aus der von Streeck analysierten langfristigen neoliberalen Reform. Der Wunsch nach einem Rückzug des Staates zugunsten der privaten Marktteilnehmer ist dem Neoliberalismus grundsätzlich eingeschrieben. Theoretisch abgesichert wurde dieser Schritt durch die efficient market hypothesis, der neuen Theorie der Kapitalmärkte, entwickelt an der University of Chicago und honoriert mit dem Nobelpreis in Ökonomie. Demnach spiegelt der Marktpreis alle verfügbaren Informationen wider, was bedeutet, dass die Markteinschätzung der Marktteilnehmer rational ist. Die nachhaltige Wirkung dieser Theorie sollte bis ins 21. Jahrhundert zu massiven wirtschaftlichen Auswirkungen führen. Die Finanzkrise 2008 führte unter dem Stichwort „too big to fail“ zu einer teilweisen Verstaatlichung von vormals privaten Geschäfts- und Investmentbanken. Als alle drei Krisen übergreifende Tendenz bleibt ein Verlust an Einfluss der Arbeitnehmervertretung. Für Streeck ist dieser Umstand ein Zeichen der Umsetzung neoliberaler Ideen. Das Ende der Inflation ging mit einer Schwächung der Gewerkschaften und ihrer Streikfähigkeit einher. Die Reduktion der Staatsausgaben in den 1990er Jahren führte zur Kürzung staatlicher Leistungen und -auch dadurch- zur Einschränkung sozialer Bürgerrechte. Die zunehmende private Verschuldung ab

⁵⁴ <https://www.wko.at/statistik/Extranet/Langzeit/Lang-Fiskalindikatoren.pdf> (Abfrage 19.1.24)

⁵⁵ Vgl. Streeck (2016), S. 110

den 1990er Jahren führte zu einer Machtverschiebung zugunsten privater Kredit- und Versicherungsmärkte und der internationalen Finanzmärkte und deren Vertretung.⁵⁶

5.1.2 Der Neoliberalismus in Europa

Streeck beschreibt in weiterer Folge die Entwicklung steigender Staatsverschuldung mit anschließendem Druck zur Konsolidierung der Staatsfinanzen als logische Konsequenz der Ausbreitung der neoliberalen Denkweise in Europa und den USA. Der Anstieg der Staatsverschuldung war auf die zunehmenden Ansprüche an den Sozialstaat aufgrund der schlechteren wirtschaftlichen Lage in den 1980er Jahren zurückzuführen. Die darauffolgende Konsolidierungspolitik führte zu einer Machtverschiebung weg von den Demokratien. Im Sinne des Ordoliberalismus braucht die liberale Wirtschaft als Grundvoraussetzung einen starken Staat, der die Rahmenbedingungen für das freie Wirtschaften garantiert. Die Interessensvertretungen der Arbeitnehmerseite und entsprechende demokratischen Institutionen werden aber in ihren Einflussphären begrenzt. Der schwindende Einfluss von Gewerkschaften lässt sich auch an der Zunahme der ungleichen Verteilung von Wohlstand messen. Gemessen an der Kennzahl des GINI-Koeffizienten nahm das Einkommensungleichgewicht in den westlichen Demokratien von 1985 bis 2005 eindeutig zu.⁵⁷ Streeck macht als Ursache die zunehmende Beschneidung der Macht der Gewerkschaften aus, was sich auch auf die Wohlstandsverteilung im Zuge von Lohnverhandlungen äußert. Ein weiterer Grund ist die stärkere Resignation bei weiten Bevölkerungsteilen aufgrund globalen Konkurrenzkampfs, was wiederum die demokratische Partizipation im Allgemeinen negativ beeinflusst. Damit einhergehend ist eine Aushöhlung demokratischer Institutionen zu beobachten. Grundsätzlich wird die Balance zwischen Wirtschaft und Demokratie im demokratischen Kapitalismus durch diese Machtverschiebung in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts gestört.

In der sozialen Marktwirtschaft wurde diese Balance durch eine gleichzeitige Berücksichtigung verschiedener Gerechtigkeitsverständnisse erreicht. Einerseits wurde die Markt- oder Leistungsgerechtigkeit als zentraler Antrieb für Engagement und Risikobereitschaft in der Marktwirtschaft berücksichtigt. Gleichzeitig wurde das Prinzip

⁵⁶ Vgl. Streeck (2016), S. 119

⁵⁷ Vgl. Streeck (2016), S. 70

der sozialen Gerechtigkeit durch Umverteilungsprozesse berücksichtigt. Die Ergänzung der Marktwirtschaft um eine soziale Komponente ermöglichte das Aufrechterhalten von sozialem Frieden über mehrere Jahrzehnte. Die Berücksichtigung einer sozialen Vermögensverteilung erfordert aber eine entsprechend starke demokratische Interessensvertretung der Arbeitnehmer und politische Bereitschaft zur Ausgestaltung und Aufrechterhaltung des Sozialstaats. Die Analyse von Foucault und Streeck zeigt aber, dass der Neoliberalismus die demokratische Komponente des Kapitalismus schwächt. Der Staat soll rein das Funktionieren der Marktwirtschaft ermöglichen. Die Verteilung der Einkommen erfolgt dann strikt nach dem Leistungsprinzip. Die ineffiziente Umverteilung von Vermögen ist zu unterlassen, da dadurch der wichtige Aspekt des Vertrauens in das Funktionieren und die Effizienz der Märkte gestört wird.⁵⁸ Die staatlichen Institutionen sind im Sinne des Neoliberalismus angehalten, dieses Vertrauen der Märkte zu bewahren bzw. zu stärken. In der Sprache Karl Polanyis kommt diese Zielsetzung einem Primat des Marktes gegenüber der Politik zu. Gefordert sind von der Politik dann Reformen im Sinne einer stabilen Marktwirtschaft. Dies sind beispielsweise eine regelgebundene Wirtschaftspolitik, unabhängige Zentralbanken, stabile Fiskalpolitik ohne politische Wahlversprechen, Expertengremien und eine verfassungsverankerte Schuldenbremse.

Seit den 1970er Jahren steigt die Staatsverschuldung in den westeuropäischen Ländern und den USA kontinuierlich an. Einerseits steigen die Staatsausgaben, auch durch die aufgrund des schwächeren Wirtschaftswachstums höheren Sozialausgaben, andererseits sinken die Staatseinnahmen. Eine Folge des starken Standortwettbewerbs unter den Nationalstaaten ist, dass öffentliche Entscheidungsträger zu unternehmens- und investorenfreundlicher Politik gezwungen werden. Die zunehmende internationale Verflechtung erleichtert multinational agierenden Unternehmen die Verlagerung von Unternehmensgewinnen in Staaten mit niedrigeren Steuersätzen. Auch für Privatpersonen bieten spezielle Steuerkonstruktionen neue Möglichkeiten zur Reduktion der eigenen Steuerlast. Unter den Regierungen von Bill Clinton und George W. Bush sowie Gerhard Schröder in

⁵⁸ Vgl. Streeck (2015), S. 88f

Deutschland erfolgten eindeutige derartige Schritte zur Reform des Sozialstaats und der Besteuerung.⁵⁹

Nationalstaaten sehen sich durch die zunehmende Verschuldung bei privaten Geldgebern einem zunehmenden Konsolidierungsdruck ausgesetzt. Das Vertrauen in die privaten Investoren ist aufrecht zu erhalten, um die Staatsausgaben inkl. den Zinszahlungen für die bestehende Verschuldung begleichen zu können. Streeck führt in diesem Zusammenhang eine an Karl Polanyi angelehnte Unterscheidung zwischen Staats- und Marktvolk ein.⁶⁰ Der Begriff Staatsvolk bezeichnet die Bürger eines Staates. Diese tragen durch ihre Steuerzahlungen zur Finanzierung des Staates und seiner Ausgaben bei. Als Staatsbürger sind sie an einen Staat gebunden und es kommen ihnen in der nationalen Verfassung festgeschriebene Bürgerrechte zu. Dadurch haben sie Anspruch auf soziale Bürgerrechte, deren konkrete Ausgestaltung den gewählten Regierungen und Parlamenten obliegt. Den Bürgern kommt wiederum Macht bei demokratischen Wahlen zu, in denen über die Zusammensetzung der Volksvertretungen abgestimmt werden kann. In Unterscheidung dazu wird das Marktvolk definiert als potenzielle und bestehende Investoren. Deren Interesse besteht in ökonomisch sinnvollen Anlagemöglichkeiten. Eine maßgebliche Kennzahl hierfür ist ein auf positive Prognosen gestütztes, nachhaltiges Wirtschaftswachstum.⁶¹ Während sich die Staaten mit einem zumindest elementar aufgebauten Sozialstaat bislang auf die Loyalität ihres Staatsvolkes verlassen konnten, müssen sie sich das Vertrauen des Marktvolkes immer wieder neu erarbeiten bzw. versuchen sich dieses aufrechterhalten. Die Aufgabe des Staates ist es nun zwischen den Ansprüchen seiner Bondholder⁶² abzuwägen. Dieser Begriff wird in Anlehnung an den bedeutenden neoliberalen Begriff Shareholder Value eingeführt. Gemeint ist damit, dass der Staat einerseits auf die Loyalität seiner Bürger und deren Bereitschaft zu Steuerzahlungen und andererseits auf das Vertrauen der Investoren und deren Bereitschaft zur Vergabe von Krediten angewiesen ist.

Die beschriebene Abhängigkeit der Nationalstaaten von internationalen Geldgebern führt zur Situation, dass das Marktvolk zunehmend Einfluss auf die nationale Politik

⁵⁹ Vgl. Streeck (2015), S. 92

⁶⁰ Vgl. Streeck (2015), S. 102

⁶¹ Vgl. Mohamed El-Erian, CEO des Investmentfonds PIMCO, In: Streeck (2015), Fußnote 33, S. 249

⁶² Vgl. Streeck (2015), S. 101

gewinnt. Einzelne Staaten können durch -aus Sicht potenzieller Investoren- falsche politische Maßnahmen ihre Beurteilung durch Ratingagenturen verschlechtern. Dies bewirkt höhere Zinssätze aufgrund von Risikoaufschlägen. Staaten stehen daher permanent unter dem Druck, dass Investoren ihre Veranlagung auf alternativen Märkten tätigen können.

Eine zentrale Rolle im Steuerwettbewerb der einzelnen Nationalstaaten kommt supranationalen Institutionen zu. Etwa treten der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank und die europäische Kommission gegenüber den europäischen Schuldnerländern als sogenannte Troika auf. Diese Institutionen entscheiden über die Kreditwürdigkeit einzelner Länder. Dazu wurde ab den 2000er Jahren eine Vielzahl an Regeln und Richtwerten für die Konsolidierung der Staatsfinanzen erlassen. In der europäischen Union wurden nach der Finanzkrise 2008 mehrere Reformschritte zur Sicherstellung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums und eines hohen Beschäftigungsniveaus gesetzt. Zum Beispiel wurden durch das von der EU im Jahr 2011 beschlossene Paket namens Six-Pack Maßnahmen zur Sicherung von Stabilität und Wachstum beschlossen. Das Schlagwort Sixpack bezeichnet sechs Rechtstexte zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts und zur Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union werden damit zur Setzung von wachstumsfördernden Maßnahmen verpflichtet. Durch diese Schritte soll die Einhaltung von zwei durch die EU vorgegebene volkswirtschaftliche Ziele verfolgt werden. Der Haushalt der Mitgliedsstaaten soll ausgeglichen geführt werden und makroökonomische Ungleichgewichte sollen vermieden werden. Zur Vermeidung gesamtwirtschaftlicher Ungleichgewichte verfügt die Europäische Kommission über ein Scoreboard mit Indikatoren, die den Bedarf weiterführender Aufsicht anzeigen. Die Konsequenz ist jährliche länderspezifische Empfehlungen der Europäischen Kommission, die dann Leitlinien für die nationale Wirtschaftspolitik darstellen.⁶³ Diese Entwicklung stellt eine bemerkenswerte Entwicklung in der Einflussnahme auf nationale wirtschaftspolitische Entscheidungen dar. Nicht demokratische legitimierte Institutionen wie die Europäische Kommission legen Richtlinien für politische Entscheidungen auf nationaler Ebene fest.⁶⁴ 2013 folgten unter der Bezeichnung Twopack zwei Verträge, die die EU zur stärkeren

⁶³ Vgl. <https://www.bmf.gv.at/themen/wirtschaftspolitik/wirtschaftspolitik-waehrungspolitik.html> [Abfrage 20.8.24]

⁶⁴ Vgl. Biebricher (2022), S. 203

Überwachung der Haushaltsführung ihrer Mitgliedsstaaten legitimiert. Mit dem Fiskalpakt verpflichteten sich die EU-Mitgliedsstaaten zur Implementierung einer Schuldenbremse, wobei im Fall einer Nichteinhaltung ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof eingeleitet werden kann. Mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus wird die Stabilität der Gemeinschaftswährung EURO gestützt. Der historische Ursprung dieses Instruments liegt in der Unterstützung Griechenlands im Zuge der Finanzkrise, da Griechenland aufgrund von Risikoauflagen keinen Zugang mehr zu den internationalen Finanzmärkten hatte. Die EURO-Mitgliedsstaaten erhalten in Krisenfällen Darlehen zur Stabilisierung der nationalen Wirtschaft, um wiederum die Finanzstabilität des Euro-Währungsgebietes zu sichern. Dies erfolgt jedoch nur im Austausch für makroökonomische Anpassungen und Erfüllung langfristiger Zielsetzungen durch den unterstützten Euro-Mitgliedsstaat. Die Installation dieser Expertengremien und -institutionen bedeuten eine Einschränkung der nationalen Souveränität hinsichtlich wirtschaftspolitischer Entscheidungen. Die Einsetzung dieser technokratischen Steuerung der europäischen Volkswirtschaften stellt eine Entwicklung im Sinne der ordoliberalen Theoretiker dar. Von diesen Institutionen werden politische Maßnahmen strikt nach den beschriebenen volkswirtschaftlichen Indikatoren empfohlen.

5.2 ZWISCHEN DEMOKRATIE UND KAPITALISMUS

Aus den vorgestellten Entwicklungslinien zieht Wolfgang Streeck das Fazit, dass eine Reorganisation des Verhältnisses von Politik und Wirtschaft bzw. Demokratie und Kapitalismus in Europa notwendig ist. Die Integration der europäischen Staaten zu einer politischen Union ist steckengeblieben. Im Gegensatz dazu breitet sich mit der voranschreitenden Globalisierung der Wirtschaftsliberalismus in immer neue Märkte aus. Die Mitglieder der Europäischen Union sind durch den Europäischen Binnenmarkt mit den vier Grundfreiheiten wirtschaftlich fix verbunden. Die Grundfreiheiten freier Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr bilden dessen Grundlage. Einen zusätzlichen Integrationsschritt stellt die Wirtschafts- und Währungsunion dar. Dadurch soll der Europäische Binnenmarkt um eine gemeinsame Währung mit dem Ziel hoher Preisniveaustabilität erweitert werden. Die weitere Entwicklung hin zu einer politischen Union mit einer gemeinsamen Wirtschaftsregierung ist aktuell in Diskussion - sowohl auf nationalstaatlicher Ebene als auch auf Ebene der theoretischen Expertise.

Wolfgang Streeck befürwortet angesichts des politischen Patts zwischen Integrationsbefürwortern und deren Gegnern eine Rückabwicklung der Europäischen Integration hin zur Stärkung der nationalstaatlichen Ebene.

Als Begründung für diese globalisierungsskeptische Empfehlung führt Streeck einige Gründe an. Als erstes ist die im letzten Kapitel erläuterte Krise des Neoliberalismus zu nennen. Das Fortschrittsversprechen des demokratischen Kapitalismus ist seit den 1970er Jahren nicht mehr für alle Bevölkerungsschichten gültig. Die Einkommensunterschiede nehmen auch in den westlichen Demokratien zu. Dies kann anhand verschiedener Kennzahlen wie zum Beispiel dem GINI-Koeffizienten gemessen werden. Aus gerechtigkeits-theoretischer Perspektive ist eine Schwerpunktverlagerung weg von sozialer Gerechtigkeit hin zu Leistungsgerechtigkeit zu beobachten. Die Frage der sozialen Gerechtigkeit erhält zusätzliche Brisanz angesichts eines tendenziell schrumpfenden Verteilungsbudgets.⁶⁵ Die Problematik zunehmend weniger zur Verfügung stehender Mittel führt auch zum zweiten von Streeck aufgezeigten Problem. Demnach besteht bei der Gestaltung der europäischen Währungsunion ein grundsätzliches Konstruktionsproblem. Die europäische Bevölkerung und ihre Partikularinteressen sind zu inhomogen für weitere Integrationsmöglichkeiten. In der Europäischen Währungsunion stehen sich unüberbrückbare Interessen von Zentralisten und Vertretern nationaler Souveränität gegenüber.⁶⁶ Streeck definiert die Zentralisten als Eliten der politisch und wirtschaftlich einflussreichen Staaten der EU. In erster Linie zählen dazu Frankreich und Deutschland. Dieser Dualismus stellt aber ein ebensolches Problem in der EU dar, da die Interessen beider Länder teilweise divergieren. Neben der Hierarchie der EU-Mitgliedsstaaten liegt auch in der Bevölkerung eine Hierarchie vor. Die Führungsschicht treibt den neoliberalen Kurs in der Europäischen Union voran. Ein zentraler Leitgedanke der Führung ist der politische Liberalismus mit liberalen Demokratien, konstitutionellen Regierungen und individueller Freiheit. Damit einhergehend wird ökonomischer Liberalismus in Form freier Märkte und internationalem Wettbewerb verfolgt. Die EU betreibt eine Austeritäts- und Konsolidierungspolitik. Die wirtschaftspolitischen Richtlinien der supranationalen Institutionen sind dann von den nationalen Eliten einzuhalten und umzusetzen. Auf

⁶⁵ Vgl. Streeck (2021), S. 339

⁶⁶ Vgl. Streeck (2021), S. 340

nationaler Ebene wird versucht eine einheitliche Gesellschaftsordnung umzusetzen. Diese umfasst neben den erwähnten vier Grundfreiheiten, der Gemeinschaftswährung EURO und dem Stabilitätspakt auch ein Verbot von Kapitalkontrollen.⁶⁷ Als Ziel eines solchen autoritären Kapitalismus sieht Streeck einen Staat, der stark gegenüber den Bürgern und schwach gegenüber dem Markt auftritt. Die nationalen Regierungen delegieren Macht an supranationale Ebenen, d.h. es findet eine Machtverschiebung von demokratisch legitimierte Autoritäten an nicht demokratisch legitimierte Institutionen wie die EZB, Europäische Kommission und IWF statt. In Anlehnung an Polanyis Kritik am Liberalismus argumentiert Streeck, dass eine Schwächung der Demokratie im Sinne des Neoliberalismus ist.

Die europäischen Integrationsbestrebungen werden durch die wirtschaftlich getriebene Globalisierung befeuert. Die Auswirkungen auf die Gesellschaft beschreibt Wolfgang Streeck in konkreter Anlehnung an die Analyse von Karl Polanyi um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Die Ausführungen von Polanyi fließen in weiterer Folge in den Vorschlag von Streeck ein, wie sich die EU angesichts der stagnierenden Integrationsbemühungen weiterentwickeln sollte.

5.3 BEZUGSPUNKTE

5.3.1 Karl Polanyi

Der Neoliberalismus ist nicht auf die Vorgaben einer einheitlichen Wirtschaftspolitik begrenzt, sondern es wird auch eine einheitliche Gesellschaftspolitik verfolgt. Michel Foucault hat neben der Wirtschaftspolitik als weiteres Ziel des Neoliberalismus die Herausbildung ökonomisch denkender Individuen beschrieben. Der Homo oeconomicus stellt die Schnittstelle zwischen Regierung und Individuum dar. Das Individuum ist dazu angehalten, sich marktkonform zu verhalten und weiterzuentwickeln. Die neoliberalen Vorgaben beschränken sich daher nicht nur auf die volkswirtschaftliche Ebene, sondern auch auf die individuelle Ebene. Diese Logik sieht Streeck auch aktuell von den leitenden Institutionen und Eliten in der EU verfolgt. Wie oben beschrieben wird in der EU eine einheitliche Gesellschaftsordnung verfolgt. Streeck sieht dies als grundsätzlichen Widerspruch mit der europäischen Entwicklung

⁶⁷ Vgl. Streeck (2021), S. 346

seit den Bestrebungen des Nationalismus im 19. Jahrhundert. Die einzelnen Völker und Gemeinschaften begehrten gegen die antinationalistischen Imperien auf. Neben dem Versuch einer Befreiung gegen äußere Mächte war der Nationalismus auch eine Bewegung hin zu bürgerlich-liberalen Demokratien. Die einzelnen Nationen suchten nach Staatsgrenzen, die eine ethnische Einheit von anderen Völkern abgrenzen sollte. Heute ist in Europa die Unterscheidung zwischen einzelnen Nationen bzw. Nationalstaaten fest etabliert. Einzelne Völker definieren sich über eine gemeinsame Geschichte, Kultur, Sprache und kollektive Identität.⁶⁸ Karl Polanyi plädierte bereits in einem Aufsatz, der 1945 unter dem Titel „Universaler Kapitalismus oder regionale Planung“ erschien, für eine Kleinstrukturierung der wirtschaftlichen und politischen Einheiten im Rahmen der Nationalstaaten. Polanyi beschreibt die Situation des Goldstandards als frühe Form einer internationalen liberalen Marktwirtschaft. Der Marktmechanismus sollte zum Ausgleich der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit einzelner Volkswirtschaften dienen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der 1920er Jahre führten schließlich zur Aufhebung des Goldstandards, da die Ungleichgewichte zwischen den einzelnen Staaten nicht mehr ausgeglichen werden konnten. Die Frage einer Nachfolgeregelung nach dem Zweiten Weltkrieg ist für Polanyi insofern bedeutsam, da die internationale Verbindung von Volkswirtschaften über die Möglichkeit regionaler Planung entscheidet.⁶⁹ Die Vision von Polanyi ist ein Staatensystem, das stabile Demokratien ermöglicht, die ein Sozialwesen für die Gesellschaft zur Verfügung stellen. Die politische Ökonomie soll Teil der nationalen Politik sein. Zusätzlich soll die nationale Politik die eigene Volkswirtschaft gegen ungewünschte äußere Einflüsse schützen können. Die Staaten sollen in einer egalitären Verbindung stehen.⁷⁰

5.3.2 John Maynard Keynes

Der zweite maßgebliche Einfluss für Wolfgang Streecks Konzeption einer Nachfolgeregelung für den globalen Kapitalismus stammt von John Maynard Keynes. Der britische Nationalökonom John Maynard Keynes entwickelte seine Theorie

⁶⁸ Vgl. Streeck (2021), S. 170ff

⁶⁹ Vgl. Polanyi (2003), S. 348

⁷⁰ Vgl. Streeck (2021), S. 203

wirtschaftspolitischer Intervention als Reaktion auf Konjunkturzyklen. Unter dem Begriff Keynesianismus prägte eine aktive, nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik die westlichen Demokratien seit dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1970er Jahre. Entsprechend dieser Theorie wird in die Volkswirtschaft aktiv eingegriffen, um mögliche Ursachen von Arbeitslosigkeit aktiv zu bekämpfen. Die staatlichen Maßnahmen umfassen Konjunkturpolitik und Geldpolitik. Der Staat kann seine Ausgaben und Einnahmen variieren, um mögliche Ungleichgewichte zwischen dem Angebot und der Nachfrage in einzelnen Wirtschaftsbereichen auszugleichen und mögliche unfreiwillige Arbeitslosigkeit zu verhindern. Diese Eingriffe in die freie Marktwirtschaft stehen im Widerspruch zum klassischen Wirtschaftsliberalismus und Ordoliberalismus. Bei diesen Theorien ist die Aufgabe des Staates auf die Sicherung des freien Wettbewerbs beschränkt.

Keynes war auch an der Entwicklung einer Nachfolgeregelung für das System des Goldstandards beteiligt. Zum Wiederaufbau des internationalen Wirtschaftssystems nach dem Zweiten Weltkrieg wurde 1944 das System von Bretton-Woods festgelegt, dass bis 1973 Bestand haben sollte. Damit wurde ein internationales Währungssystem mit bestimmten Wechselkursbandbreiten festgelegt. Auf US-amerikanisches Betreiben wurde als stabilisierende Grundlage dieses Systems der US-Dollar als Ankerwährung bestimmt, die in einem fixen Tauschverhältnis zum Goldpreis gehalten wurde. Das amerikanische Zentralbanksystem Federal Reserve garantierte durch Goldtransaktionen die Stabilität des US-Dollar. Die Zentralbanken der einzelnen Mitgliedsstaaten verpflichteten sich ihren Wechselkurs in bestimmten Bandbreiten zu halten, was durch internationale Devisentransaktionen im Tausch zur Leitwährung US-Dollar geschah. Den neuen Institutionen Weltbank, Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) kamen die Aufgaben der Überwachung und Unterstützung der Mitgliedsländer zu. Bei anhaltend negativen Zahlungsbilanzen einzelner Länder konnten diese Kredite beim IWF aufnehmen. Das Bretton-Woods-System sollte in den 1950er und 1960er Jahren einen wirtschaftlichen Aufschwung in Europa ermöglichen. Die zunehmende Globalisierung und die Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs führten in Verbindung mit den festen Wechselkursen zu einer zunehmenden Einschränkung der geldpolitischen Möglichkeiten der Mitgliedsländer. Die laufenden Zahlungsbilanzdefizite der USA aufgrund der Ankerwährung des US-Dollar bei

gleichzeitig begrenzten Goldbeständen führten schließlich zum Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems. Nach 1973 schwankten die Wechselkurse daher verstärkt, bis sich regionale Ersatzsysteme herausbildeten. In Europa führte der Europäische Wechselkursverbund und ab 1979 das Europäische Währungssystem zu einer Stabilisierung der Wechselkursschwankungen.

5.3.3 Vision Keynes-Polanyi-Staat

Die Entwicklung ab den 1970er Jahren mit einer erneuten Dominanz des Neoliberalismus führte zu einer Schwächung der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik. Die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung führte zu einer globalen Vernetzung der Finanzmärkte, was auch zu gegenseitigen Abhängigkeiten der einzelnen Volkswirtschaften führt. In Verbindung mit konkreten wirtschaftspolitischen Vorgaben von übergeordneten Ebenen führen diese Entwicklungen zu einer deutlichen Einschränkung der nationalen wirtschaftspolitischen Möglichkeiten. Die weitere Europäische Integration zu einer politischen Union, um derart ein demokratisches Gegengewicht gegen die global vernetzten Märkte zu bilden, scheitert aktuell an nationalen Interessen der einzelnen Mitgliedsstaaten. Dieser unbefriedigenden Situation mangelnder Steuerbarkeit der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion setzt Wolfgang Streeck seine Vision eines Keynes-Polanyi-Staates entgegen. Streeck entlehnt zentrale Bestandteile dieser Variation eines demokratischen Kapitalismus bei Karl Polanyi und John Maynard Keynes.

Karl Polanyi beschrieb als Maß für die Vernetzungsfähigkeit von einzelnen Volkswirtschaften, ob die nationale Souveränität für wirtschaftspolitische Gestaltung erhalten bleibt.⁷¹ Souveränes Agieren ist dann sichergestellt, wenn Nationen über Kooperationen mit anderen politischen Gemeinschaften selbst entscheiden können. Dieser Ansatz steht dem Bestreben des Neoliberalismus grundsätzlich entgegen, da der freie marktwirtschaftliche Austausch privater Akteure durch nationale politische Intervention beeinflusst wird. Die von Polanyi respektive Streeck intendierte Stärkung der systemischen Ebene zwischen Markt und Gesellschaft sieht eine Protektion nationaler Wertschöpfung und Wohlstandsproduktion vor. Politische Fragen, die sich

⁷¹ Vgl. Streeck (2021), S. 396f

aus der (Des-)Integration von Volkswirtschaften ergeben, sind zum Beispiel der Umgang mit Arbeitslosigkeit, dem globalen Finanzsektor oder der öffentlichen Gesundheit. Die Quintessenz von Wolfgang Streeck in Anlehnung an Karl Polanyi ist, dass die Rückeinbettung der kapitalistischen Wirtschaft in die Politik und Gesellschaft ein unterstützendes Staatensystem erfordert. Da die weitere Zentralisierung der Wirtschaft und Staatlichkeit steckengeblieben ist, wird die Perspektive aufgezeigt, die Entwicklung in die andere Richtung zu zeitgemäß verfassten Kleinstaaten voranzutreiben.

Auch John Maynard Keynes betont den Wert nationaler Autonomie in der unsicheren Umgebung einer globalen, kapitalistischen Wirtschaft. Nach Keynes haben sich die Versprechen des Liberalismus im 19. Jahrhundert nicht erfüllt.⁷² Die gesellschaftliche Rationalität Anfang des 20. Jahrhunderts zeigte vielmehr, dass weiterhin breite Bevölkerungsschichten in Armut lebten, wodurch deren persönliche Freiheit eingeschränkt blieb. Ergänzend zu Polanyis sozialwissenschaftlicher Perspektive nennt Keynes wirtschaftspolitische Argumente für ein Aufrechterhalten nationaler Souveränität. Unterschiedliche Zinssätze sind bedeutend für Länder mit unterschiedlicher Wirtschaftsleistung. Dies bietet Staaten die Möglichkeit unterschiedliche Wirtschaftsleistung auszugleichen, indem die eigene Währung auf- oder abgewertet wird. Das Ausmaß des internationalen Handels sollte politischen Entscheidungen unterliegen. Mögliche Effizienzgewinne und Kostensenkungen durch internationalen Handel sind gegen den Verlust nationaler Eigenständigkeit abzuwägen. Zu beachten ist laut Keynes bei internationalen Kapitalinvestitionen, dass die Trennung von Eigentum und Verantwortung noch größer ist als bei nationalen Geldgebern.

Wolfgang Streeck bezeichnet seine Vision eines Keynes-Polanyi-Staates mit den Schlagworten national, demokratisch und souverän. Der Staat soll in regierbarer Größe gehalten werden, wodurch alle Bevölkerungsschichten und -gruppen ihre Interessen gewahrt sehen möchten. Die staatliche Souveränität ist ein zentrales Staatsziel, um die eigene Bevölkerung vor unfreiwilliger Abhängigkeit von außen zu schützen.

⁷² Vgl. Streeck (2021), S. 400ff

In einer Marktwirtschaft werden auf betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Ebene monetäre Werte verfolgt. In einer Demokratie sind nichtmonetäre Werte von zentraler Bedeutung. Der Erhalt sozialer Stabilität erfordert nachhaltiges Wirtschaften. Dieser aus der Forstwirtschaft stammende Begriff benennt, dass langfristiges wirtschaftliches Bestehen nur durch einen schonenden Umgang mit den Ressourcen möglich ist. Die Entnahme vom Bestand – in modernen Unternehmen des monetären Gewinns - muss mit Bedacht auf den Fortbestand von Unternehmen und Institutionen erfolgen. Wichtig ist daher die Verbindung von Eigentum und Verantwortung, d.h. dem Interesse der Investoren an einem langfristigen Fortbestand der Unternehmen. Diesen Umstand sieht Streeck am ehesten durch nationales Unternehmertum und nationales Investment vertreten. Die regionale Verbundenheit und Verflechtung der Unternehmen und Beschäftigten stellt neben der langfristigen Gewinnerzielungsabsicht und lokaler Wertschöpfung auch nichtmonetäre Werte in den Vordergrund. Beispiele hierfür sind das Gefühl der Verbundenheit durch langfristige Betriebszugehörigkeit und Verantwortungsgefühl für die eigene Belegschaft. Im Gegensatz dazu sind der internationale Kapitalmarkt und ausländische Direktinvestitionen an rein monetären Kennzahlen orientiert. Streeck plädiert für die bevorzugte Produktion und Konsumation von Waren und Dienstleistungen im Inland.

Auch für nationale Beschränkungen der Wirtschaftspolitik sieht Streeck Vorteile. Die politische Ökonomie hat in jeder Nation andere Schwerpunkte und unterschiedliche Bearbeitungsintensität und -tiefe. Die jeweilige nationale Institutionenordnung und Sozialstaatsgestaltung ist das Ergebnis historischer und lokaler Kompromisse zwischen Kapital und Gesellschaft. Dadurch entsteht ein Gleichgewicht in der von Polanyi beschriebenen konflikthaften Pendelbewegung zwischen kapitalistischer Bewegung und gesellschaftlicher Gegenbewegung. Keynes bezeichnet diese Situation als kontinuierliche Suche nach der idealen sozialen Republik.⁷³ Die sozialen Kompromisse sind maßgeblich für die Herausbildung einer kulturellen Identität einzelner Staaten. Dadurch werden langfristig nichtmaterielle gesellschaftliche Werte geprägt, die gewisse Vorstellungen von Moral und sozialem Zusammenhalt tragen. Die kulturelle Identität und die verfolgten Werte definieren die Grenze, welche wirtschaftlichen und sozialen Bereiche ökonomisiert werden. Die Kompromisslinie

⁷³ Vgl. Streeck (2021), S. 404 und 441/Fußnote 49

zwischen Wirtschaft und Gesellschaft wird in jeder Demokratie spezifisch politisch ausverhandelt und abgewogen.

Streeck argumentiert weiter anhand wissenschaftlicher Studien, dass die Identifikation und Solidarität der Bürger mit der Größe eines Staates korreliert. Kleinere Staaten verfügen demnach über tendenziell homogenere Gesellschaften. In diesen Staaten entwickeln sich leichter soziale Demokratien. Dies umfasst viele Faktoren wie einen ausgebauten Sozialstaat, soziale Grundrechte, eine hohe Sozialleistungs- und Erwerbsquote sowie die stärkere Einbindung von Gewerkschaften.⁷⁴ Der Aufbau des Sozialstaats wird von breiten Bevölkerungsschichten mitgetragen. Neben der demokratischen Stabilität zeichnen sich kleinere Staaten auch durch den Vorteil von hohen Beschäftigungsquoten, egalitärer Verteilung der Einkommen und Vermögen und damit einem allgemeinen Wohlstand der Bürger aus.

Ein weiteres Argument lautet, dass die Zusammensetzung und der Charakter der Eliten in kleineren Staaten dem Gemeinwohl eher zugeneigt sind. Dieser Argumentation nach bilden die Eliten in größeren Staaten eine stärker abgegrenzte Führungsschicht.⁷⁵ Dieser Umstand drückt sich entsprechend dieser Studien auch in einem demokratischen Defizit in der EU aus. In der EU bildete sich eine supranationale Elite heraus, die aber nicht ausreichend demokratisch legitimiert ist. Die neoliberalen Reformen der Expertengremien in der EU werden von der Bevölkerung der Mitgliedsstaaten nicht ausreichend mitgetragen.

Mit dem Schwinden des sozialen Zusammenhalts geht auch eine langfristige Schwächung des demokratischen Korporatismus einher. Gewerkschaften und Unternehmerverbände haben mit geringer werdendem Einfluss zu kämpfen. Supranationale Institutionen und global agierende Unternehmen drücken mit dem Argument des Standortwettbewerbs die Mitbestimmungsrechte der nationalen Interessensvertretungen.⁷⁶ Nationalismus und Patriotismus in wirtschaftlicher Hinsicht sind heute verstärkt als Gegenbewegung von unten ausgehend von der Basisbevölkerung zu beobachten.

Als Reaktion auf die voranschreitende wirtschaftliche Globalisierung ohne demokratische Legitimation durch breite Bevölkerungsgruppen schlägt Streeck fünf

⁷⁴ Vgl. Streeck (2021), S. 446 mit Bezug auf Jörke, Dirk (2019): Die Größe der Demokratie, Berlin: Suhrkamp

⁷⁵ Vgl. Streeck (2021), S. 449. Jörke bezieht sich hier auf eine Studie von Robert Dahl.

⁷⁶ Vgl. Streeck (2021), S. 456

konkrete Aufgabenbereiche für seine neu erstarkten Nationalstaaten vor.⁷⁷ *Erstens* soll eine Verkürzung der Lieferketten die Nationalstaaten wieder autark werden lassen in verschiedensten Bereichen wie Sicherheit, Energieversorgung, Unterhaltung und soziale Medien. Der Begriff Wirtschaftspatriotismus bezeichnet als *zweiten* Punkt die protektionistische Ausrichtung der Binnenwirtschaft von Nationen. Die Industrie- und Regionalpolitik soll einen nationalen Strukturwandel befördern. Davon umfasst ist auch eine innerstaatliche Subventionspolitik mit dem Ziel lokale Produktion zu erleichtern. Die Öffnung nach außen zur Kooperation mit Nachbarstaaten ist ebenfalls Bestandteil der regionalen Planung. *Drittens* soll Binnenwachstum ermöglicht werden durch regionale Warenproduktion, ein von innen getriebenem Wachstum des nationalen Dienstleistungssektors und ortsgebundene Investitionen wie zum Beispiel gegen den Klimawandel. Die umfangreichen Vorschläge zur Stärkung des Binnenwachstums dieser autarken Kleinstaaten umfassen auch die Arbeitsmarktpolitik. Die Staaten sollen den Strukturwandel hin zum Dienstleistungssektor vorantreiben. Als Beispiel nennt Streeck hier die Möglichkeit billiger Importe im Tourismusbereich. Als geldpolitische Maßnahme soll die Währung aufgewertet werden, um Exporte zu verteuern und dadurch den Beschäftigungsanteil in exportorientierten Sektoren gezielt zu verringern. Als *vierter* Schwerpunkt soll ein Fokus auf kollektive Güter gelegt werden. Die Vorschläge umfassen hier ein weites Feld von emissionsfreiem Nahverkehr, Gesundheitsversorgung, Sicherheit und Bildungseinrichtungen. Die Finanzierung dieser Gemeinschaftsgüter ist bei kleineren Staaten leichter politisch durchsetzbar, da laut Streeck die Einhebung notwendiger Steuern politisch leichter argumentiert werden kann. Die demokratische Selbstbestimmung darüber, welche öffentlichen Güter aus Steuerzahlungen finanziert werden, erhöht die Akzeptanz innerhalb der nationalen Bevölkerung. Streeck bezeichnet diesen Umstand mit dem Begriff des alltäglichen Kommunismus, der eine Grundlage für den modernen Kapitalismus bilden soll.⁷⁸ Als *fünften* Punkt benennt Streeck schließlich die wichtige nationale Kontrolle von Finanzströmen. Die Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen soll die rasche Kapitalverschiebung über Staatsgrenzen eindämmen. Dadurch sollen das nationale Bankensystem und die private Beteiligung an Genossenschaftsbanken gefördert werden, wodurch eine nationale, patriotische

⁷⁷ Vgl. Streeck (2021), S. 465

⁷⁸ Vgl. Streeck (2021), S. 470

Finanzierung von Projekten befördert werden soll. Wiederaufgegriffen werden in diesem Zusammenhang Maßnahmen wie staatliche Sperrminoritäten an Großunternehmen oder die Subventionierung der Errichtung von Infrastruktur. Hier betont Streeck wieder ein neues Verständnis von Patriotismus. Aktuell steht aber eher die Unterbindung dieser Idee im Fokus der EU.⁷⁹

Hinsichtlich der gesellschaftlichen Entwicklung sieht Streeck in kleineren Staaten den Vorteil einer Re-Demokratisierung als Gegenbewegung gegen die gesellschaftlichen Verwerfungen des Neoliberalismus.⁸⁰ Die Möglichkeit zu wirtschaftlicher Beteiligung und Mitbestimmung fördert das Gemeinwesen und die patriotische Identifikation mit nationalen Projekten. Die Bürger sind dazu aufgefordert, Verantwortung für ihr kollektives Schicksal zu übernehmen. Die Kräfte der Selbstverwaltung und Selbstverteidigung sollen wieder entdeckt und gefördert werden. Streeck beschwört das Entstehen einer kommunitaristischen Praxis durch die Übernahme von Verantwortung für nationale Anliegen. Nicht weniger als eine kulturelle Revolution soll die Herausbildung eines neuen Moralverständnisses ermöglichen. Diese neue Moral soll von allen Gesellschaftsmitgliedern internalisiert werden. Ein Verstoß gegen die moralischen Sitten aufgrund rein rationalem, egoistischem Verhalten soll bei diesen neuen, gesellschaftsorientierten Individuen bis zu Selbstverachtung führen. Gesellschaftlicher Druck kann dann sogar zur Situation führen, dass Ziele und Grenzen für das staatliche Handeln entsprechend der vorherrschenden Moral gesetzt werden. Die neue Moralität sieht Streeck in der homogenen Gesellschaft innerhalb eines Nationalstaats leichter realisierbar.

Im nächsten Schritt kann zwischen Nachbarstaaten auf diese Weise eine Rivalität hinsichtlich der Tugendhaftigkeit der Bevölkerung und damit dem kulturellen Prestige entstehen. Diese Argumentation steht ganz im Zeichen Karl Polanyis mit seinen Ausführungen zum Frieden in einer komplexen Gesellschaft.⁸¹ Als Ziel gilt dann ganz im Sinne Polanyis eine Umkehrung des Verhältnisses von Wirtschaft und Politik. Die Wirtschaft wird dann angehalten, sich an die Gesellschaft anzupassen. Dies befördert die wirtschaftliche Stabilität und Regierbarkeit, wodurch Volkswirtschaften wieder resilienter und krisenfester werden. Die globale Ausbreitung von Wirtschaftskrisen wird

⁷⁹ Vgl. Streeck (2021), S.472, Fußnote 70

⁸⁰ Vgl. Streeck (2021), S. 473

⁸¹ Vgl. Streeck (2021), S. 475

damit eingedämmt. Die Schranken der nationalen demokratischen Politik schützen damit den Kapitalismus vor seinen eigenen Auswirkungen.

Die Zusammenarbeit der einzelnen Kleinstaaten beruht nicht primär auf wirtschaftlicher Konkurrenz und marktwirtschaftlicher Verbindung, sondern Streeck sieht in Anlehnung an Polanyi die Möglichkeit zum Entstehen eines kooperativ-konföderalen Staatensystem. Die einzelnen Staaten sind dann nicht durch eine offene Marktwirtschaft mit einem globalen Markt vernetzt. Der Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr ist vielmehr auf die nationalen Grenzsetzungen beschränkt. Die einzelnen Volkswirtschaften können selbst über Kooperation und Zusammenschlüsse mit anderen Volkswirtschaften entscheiden. Kooperationen sind selbst wählbar und veränderbar. Für Europa bedeutet diese Vision eine Entwicklung hin zu den Kleinstaaten vor dem Zusammenschluss der Europäischen Gemeinschaft. Der Grund- und Baustein dieser Entwicklung ist der demokratische Nationalstaat. Streeck sieht angesichts des Fehlens eines Hegemonialstaats und der aktuellen globalen Multipolarität einen Polanyi-Moment für regionale Planung. Die Großmächte USA und China sind mit eigenen inneren Konflikten gelähmt. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine lässt auch in Europa eine Neuorientierung für unausweichlich erscheinen. Aktuelle Diskussionen über die weitere Ausrichtung der Europäischen Union zeigen ein ebenso unklares Bild hinsichtlich der zukünftig intendierten Entwicklung. Streeck plädiert aus ebendiesen Gründen für eine Ablösung der aktuell vorherrschenden liberalen internationalen Ordnung (ILO). Diese soll durch eine polyzentrische nationenbasierte Ordnung (PNO) mit den beschriebenen Grundsätzen ersetzt werden.⁸² Das wirtschaftsliberale Verständnis des Liberalismus soll dann durch einen sozialdemokratischen Liberalismus ersetzt werden. Demokratische Staaten mit einer starken Sozialstaatlichen Komponente sollen frei über ihre nationale Ausgestaltung und ihre internationalen Kooperationen entscheiden können.

Wolfgang Streeck sieht angesichts des Ungleichgewichts zwischen dem Staat, dem Kapital und den lohnabhängigen Bürgern keine Möglichkeit eines Erstarkens der Demokratie auf globaler Ebene gegen den Kapitalismus.⁸³ Das Spannungsverhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie ist vielmehr grundgelegt *in miteinander*

⁸² Vgl. Streeck (2021), S. 490

⁸³ Vgl. Biebricher (2014), S. 2

*unvereinbaren Verteilungsprinzipien der Marktgerechtigkeit und der sozialen Gerechtigkeit.*⁸⁴ Für die Europäische Union befürwortet Streeck daher die Notwendigkeit einer Rückabwicklung auf nationalstaatliche Ebene. In diesem Kapitel wurde sein Vorschlag für eine Neukonzeption dieser nationalstaatlichen Ordnung in Europa vorgestellt. Die von Streeck geforderte Konsequenz einer Rückabwicklung stellt eine einschneidende Reform für die europäischen Integrationsbemühungen dar, die auch dem intellektuellen Mainstream entgegenläuft, der eine zunehmende Verbindung und die Herausbildung eines Kosmopolitismus mit weltoffenen Bürgern als logische Konsequenz der globalisierten Welt sieht. Ein beispielhafter, namhafter Vertreter dieser Position ist Jürgen Habermas.⁸⁵ Angesichts der unterschiedlichen Position dieser beiden oft zitierten deutschen Sozialwissenschaftler entstand seit dem Erscheinen der in dieser Arbeit vorgestellten Beiträge von Wolfgang Streeck eine Diskussion über den besten Weg der weiteren europäischen Entwicklung. Im folgenden Kapitel soll daher der gegenläufigen Position von Jürgen Habermas und der entstandenen Debatte nachgegangen werden. Dadurch soll auch eine kritische Einordnung der Argumentation und Staatskonzeption von Wolfgang Streeck ermöglicht werden. Die Diskussion der unterschiedlichen Positionen erfolgt wieder im Lichte der Gouvernmentalitätsperspektive von Michael Foucault.

⁸⁴ Fraser (2020), S. 116

⁸⁵ Vgl. zum Beispiel auch Martha Nussbaum und Angela Kallhoff

6 JÜRGEN HABERMAS: FÜR EINE DOPPELTE STAATSBÜRGERSCHAFT

Jürgen Habermas sieht wie Wolfgang Streeck die EU in einer aktuell schwierigen Zwischensituation. Habermas beurteilt die aktuelle Politik der EU als nicht ausreichend demokratisch legitimiert. Dieses Problem wird im folgenden Unterkapitel beschrieben. Sein Vorschlag für die weitere Entwicklung der EU sieht aber im Gegensatz zu Wolfgang Streeck eine Stärkung der europäischen Ebene und einen Ausbau der europäischen Zusammenarbeit vor. Angesichts der aktuellen Situation einer globalisierten Wirtschaft sieht Jürgen Habermas eine weiterführende politische Integration als notwendige europäische Entwicklung. Die Europäische Union soll sich von einer ökonomischen zu einer politischen Union weiterentwickeln.⁸⁶ Habermas nennt drei konkrete Gründe, für eine Vertiefung der Beziehungen in der Europäischen Union.⁸⁷

Aufgrund dieser unterschiedlichen Vorschläge und der daraus entstandenen wissenschaftlichen Diskussion wird in diesem Kapitel der Ansatz von Habermas vorgestellt und im nächsten Kapitel dem Ansatz von Streeck kontrastierend gegenübergestellt. Die wichtigsten Punkte in Habermas Vorschlag werden im Folgenden vorgestellt, um eine Gegenüberstellung zu ermöglichen. Im ersten Schritt wird die Problemanalyse von Habermas dargelegt.

In Anknüpfung an Michel Foucault sieht Habermas gerade Deutschlands Platz nicht nur in der geographischen Mitte Europas. Die nach dem Zweiten Weltkrieg moralisch stark belastete BRD konnte erst durch die starke Betonung der wirtschaftlichen Freiheit seine Selbständigkeit wiedererlangen. Als ersten Grund für eine Beförderung der europäischen Einigung sieht Habermas daher gleichsam ein moralisch-historische Verpflichtung Deutschlands. Diese europäische Einigung bedarf aber einer starken demokratischen Grundlage, die durch den globalen Kapitalismus unter Druck gesetzt wird. In den letzten Jahrzehnten fand wie von Foucault beschrieben eine Verschiebung der Gewichte von der Politik hin zum Markt statt. Zum Wiedererlangen einer starken

⁸⁶ Vgl. Habermas (2011), S. 40

⁸⁷ Vgl. Habermas (2013a), S. 132

politischen Ordnung, die die liberale Demokratie in ihren Mittelpunkt stellt, sind die europäischen Staaten auf ein in ihrer Mitte politisch und wirtschaftlich eingebettetes Deutschland angewiesen. Deutschland ist einerseits wirtschaftlich sehr dominant in Europa, nicht zuletzt aufgrund der beschriebenen Durchsetzung der ordoliberalen Prinzipien und Zielsetzungen in Europa. Darüber hinaus ist die beschriebene politische Einbeziehung Deutschlands gleichsam eine verpflichtende historische Lehre. Als zweiten Grund für ein starkes Europa sieht Habermas daher eine Wiederstärkung der politischen Ebene zulasten der freien Marktwirtschaft für notwendig. Die Politik stellt für die europäischen Bürger:innen das geeignete Mittel dar, um auf die Gestaltung eines solidarischen Gemeinwesens hinzuwirken. Im Gegensatz dazu stehen bei den selbstgesteuerten Märkten das Gewinninteresse über dem Gemeinwohlinteresse. Als dritten Grund für ein stärkeres Europa nennt Habermas die problematische bzw. unvollständige Konzeption der Wirtschafts- und Währungsunion. Während die Währungspolitik durch europäische Institutionen geregelt und vorgegeben wird, findet die Wirtschaftspolitik durch nationale Gesetzgebungen statt. Diese Kluft in der Zuständigkeit zwischen Währungs- und Wirtschaftspolitik schmälert den Handlungsspielraum der Mitgliedstaaten der WWU. Dieses Problem soll im folgenden Kapitel detailliert beschrieben werden.

6.1 PROBLEM LEGITIMATIONSDEFIZIT

In seinem Text im Sog der Technokratie, der 2013 veröffentlicht wurde, plädiert Habermas für eine Stärkung der europäischen Demokratie. Die passende Reaktion auf das nationale demokratische Defizit und die globale Ausbreitung des Wirtschaftsliberalismus ist demnach eine Transnationalisierung der Demokratie.⁸⁸ Angesichts der voranschreitenden Globalisierung hält Habermas die Stärkung der europäischen Ebene für notwendig.

Habermas ist wie Streeck der Meinung, dass in den letzten Jahrzehnten eine Machtverschiebung zur Wirtschaft zulasten der Politik erfolgte. Die Konzeption der Wirtschafts- und Währungsunion erfolgte unter starkem deutschen Einfluss nach ordoliberalen Prinzipien. Die Währungspolitik in der EU entspricht daher der ordoliberalen Theorie. Europäische Institutionen wie die EZB bestimmen über die

⁸⁸ Vgl. Habermas (2013b), S. 73

Geldwertstabilität entsprechend vorgegebenen Kennzahlen und Zielwerten. Dadurch entfällt für nationale Regierungen die Möglichkeit, die eigene Währung abzuwerten. Dies wäre aber eine wirkungsvolle Reaktion auf die Situation unterschiedlicher Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten.

Im Unterschied dazu ist die Wirtschaftspolitik weiterhin unter der Kontrolle nationaler Regierungen.⁸⁹ Da sich nationale Regierungen aber einem zunehmenden europäischen und globalen Standortwettbewerb ausgesetzt sehen, ist eine zwischen den Mitgliedsstaaten koordinierte Wirtschaftspolitik aktuell nicht möglich. Jeder Staat verfolgt vielmehr seine eigenen, nationalen Interessen. Zur Überbrückung dieser Kluft von nationaler Wirtschaftspolitik und gemeinsamer Währungspolitik wird die EU im Sinne des Ordoliberalismus durch Institutionen geleitet, die berechenbar nach ausgewählten Prinzipien agieren. Die Nationalstaaten sollen dadurch in der Gestaltung ihrer Wirtschaftspolitik dazu geleitet werden, diese entsprechend den ordoliberalen Prinzipien zu gestalten. Habermas bezeichnet diese Situation als Exekutivföderalismus. Die strategischen Entscheidungen des europäischen Rats, dem Gremium aus nationalen Regierungsvertretern, werden auf europäischer Ebene durch technokratische Institutionen umgesetzt. Die zentrale europäische Steuerung tendiert unter dem Schlagwort *Governance* zu einem technokratischen Regime. Habermas stimmt mit Streeck überein, dass in der EU eine technokratische Steuerung nach ordoliberalen Marktprinzipien vorherrscht. Die Volkswirtschaften der WWU werden währungspolitisch als ein Wirtschaftsraum behandelt. In der Realität sind die Volkswirtschaften der einzelnen Mitgliedsstaaten aber durchaus mit der Situation unterschiedlicher Wettbewerbsfähigkeit konfrontiert. Die währungspolitische Maßnahme der Währungsabwertung zum Ausgleich unterschiedlicher Wettbewerbsfähigkeit steht den einzelnen Mitgliedsländern nun aber nicht mehr zur Verfügung. Der Ausgleich der unterschiedlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit muss daher durch landesinterne Maßnahmen erfolgen. Dies können flexible Lohn- und Preisanpassungen sein. Auch eine erhöhte Mobilität der Arbeitskräfte kann erforderlich sein, um sich an die Notwendigkeiten des globalen Konkurrenz Wettbewerbs anzupassen. Eine weitere innerstaatliche Reaktion können Transferleistungen in

⁸⁹ Vgl. Habermas (2013b), S. 87

strukturschwache Gebiete oder soziale Sicherungssysteme wie Arbeitslosenunterstützung sein.

Habermas und Streeck stimmen aber in der Analyse überein, dass die Möglichkeiten der Nationalstaaten um das Instrument der Währungsabwertung geschmälert wurden. Während die Währungspolitik auf europäischer Ebene gesteuert wird, obliegen die wirtschaftspolitischen Maßnahmen weiterhin den nationalen Regierungen. Um diese Kluft zu europäischer Währungsunion und nationaler Wirtschaftspolitik zu überwinden, werden technokratische Vorgaben im Sinne des Ordoliberalismus gesetzt. Damit soll die nationale Wirtschaftspolitik entsprechend den gewünschten strategischen Leitlinien gelenkt und beeinflusst werden. Als Beispiele nennt Habermas die Gesetzespakete Sixpack und Twopack, durch die die Stabilität und das Wachstum der nationalen Volkswirtschaften in der WWU gesichert werden soll. Mit dieser indirekten Lenkung der nationalen Wirtschaftspolitik werden aber laut Habermas die EU-vertraglichen Kompetenzen überspannt. Der Einflussbereich der Europäischen Union ist in den der WWU zugrundeliegenden Verträgen nicht ausreichend legitimiert. Das Fazit von Habermas ist, dass die EU dadurch in der aktuellen Form unter einem Legitimitätsdefizit leidet.

6.2 EUROPÄISCHE BÜRGER: INNEN UND SOLIDARITÄT

Habermas Vorschlag, um auf dieses Problem zu reagieren, ist nicht einfach eine Verschiebung der nationalen Demokratie auf die europäische Ebene. Vielmehr sind die drei Bausteine einer demokratischen Ordnung ergänzend auch auf der europäischen Ebene zusammenzusetzen. Neben einem Staatsvolk als Träger der politischen Willensbildung und dem Staat als Organisation, die die Bürger:innen zu ihrem Handeln befähigt, muss eine europäische Bürger:innengemeinschaft ergänzt werden. In letzterer sollen sich die europäischen Bürger:innen als Freie und Gleiche in freiwilliger Assoziation begegnen können.⁹⁰ Der zentrale Änderungsvorschlag von Habermas betreffend die Rolle der Bürger:innen ist, dass den europäischen Bürgern eine doppelte Rolle zukommt. Sie bleiben Staatsbürger:innen eines europäischen Mitgliedsstaats. Gleichzeitig soll ihre Rolle als Bürger:innen der Europäischen Union gestärkt werden. Diese Doppelrolle soll auch auf institutioneller Ebene der EU

⁹⁰ Vgl. Habermas (2013b), S. 79

abgebildet werden. Die Europäische Währungsunion soll zu einer Politischen Union ausgebaut werden. Habermas plädiert hier für einen verfassungsgegebenen Konvent, in dem die europäischen Bürger:innen in ihrer doppelten Rolle vertreten sein sollen. Sie sollen als Bürger:innen einer Politischen Union direkt in ihrer Rolle als EU-Bürger Einfluss nehmen können und durch ihre nationalen Regierungen als Staatsbürger:innen ihres jeweiligen Nationalstaats vertreten werden. Mit diesem Ansatz einer „geteilten“ Volkssouveränität sieht Habermas die Möglichkeit gegeben, dass in der EU ein supranationales Gemeinwesen entstehen kann. Gleichzeitig sieht Habermas durch die nationalen Regierungen die Sicherung der nationalstaatlichen Interessen und Kompetenzen gewährleistet.⁹¹

Habermas hält aber eine Kompetenzverschiebung von der nationalen auf die supranationale Ebene nur dann für möglich, wenn unter den europäischen Bürger:innen das Gemeinschaftsgefühl und Solidaritätsbewusstsein gestärkt wird. Habermas sieht die Solidarität als eine ethische Verpflichtung der europäischen Bürger:innen. Das Vertrauen auf das reziproke Verhalten der europäischen Mitbürger:innen geht über eine moralische oder juristische Verpflichtung hinaus. Habermas schwebt für die Gemeinschaft der europäischen Bürger:innen eine gemeinsame politische Lebensform vor. Die europäischen Bürger:innen sollen erkennen, dass sie ihren Lebenszusammenhang nur gemeinsam politisch gestalten können.⁹² Diese Entwicklung sieht Habermas als Lernprozess, der sich angesichts aktueller wirtschaftlicher und politischer Problemlagen und zunehmend notwendiger internationaler Kooperation herausbilden soll.⁹³

In diesem Zusammenhang verweist Habermas auf die lange Tradition des Solidaritätsbegriffs in Europa. Der Begriff der Brüderlichkeit wurde demnach im christlichen Europa durch die Religionen vorbereitet. Eine stärkere Verbreitung erlebte der Begriff mit der Französischen Revolution. Im 19. Jahrhundert erfolgte schließlich eine Herausbildung der Klassen mit dem Erstarken der Arbeiterbewegung. Polanyi beschrieb die Entwurzelung der Arbeiter:innen, die aus ihrem gewohnten Lebensbereich in die neu entstehenden Industriegebiete abwanderten. Die sozialistischen Bewegungen förderten die Verbreitung des Solidaritätsbegriffs unter

⁹¹ Vgl. Habermas (2013b), S. 80

⁹² Vgl. Habermas (2013a), S. 108

⁹³ Vgl. Habermas (2013a), S. 77

den Arbeiter:innen. Diese sollten sich zusammenschließen, um ihre Forderungen gegen die Industriellen nach besseren Arbeitsbedingungen leichter durchsetzen zu können. Die Analyse dieser Situation von Polanyi zeigt sich heute in analoger Weise auf Ebene der europäischen Nationalstaaten. Habermas sieht die europäischen Staaten in der Pflicht, sich gegen die Systemzwänge des globalen Kapitalismus zu solidarisieren. Nur ein gemeinsam kooperatives Vorgehen der Staaten kann die wirtschaftlichen Systemzwänge abschwächen. In den demokratisch verfassten Nationalstaaten verfestigten sich die Klassengegensätze in den staatlich implementierten Institutionen der europäischen Sozialstaaten.⁹⁴ Die europäischen Staaten sollen daher miteinander kooperieren anstelle sich im Standortwettbewerb in der Aufweichung sozialstaatlicher Regelungen zu unterbieten.

Die Förderung der sozialen Demokratien in der EU erfordert eine gemeinsame politische Rahmenplanung, Transferzahlungen und eine wechselseitige Haftung zwischen den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten.⁹⁵ Von zentraler Bedeutung für eine Stärkung der supranationalen EU, die von breiten Bevölkerungsschichten in den Mitgliedsstaaten getragen wird, ist eine gemeinsame europäische Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialpolitik.⁹⁶ In diesem Zusammenhang ist wichtig, dass die Überwindung der technokratischen Regierungsweise der EU den Aufbau von Solidarität zwischen den europäischen Bürger:innen ermöglicht. Erst dies erlaubt die Erfüllung der Forderung der Wahlbevölkerung nach sozialer Gerechtigkeit, öffentlichen Dienstleistungen und kollektiven Gütern. In diesem Punkt stimmt Habermas mit Streeck überein, dass ein Gemeinschaftsgefühl unter den europäischen Bürgern fehlt. Während aber Streeck zum Fazit kommt, dass eine Rückabwicklung der EU angesichts dieses Mangels notwendig ist, plädiert Habermas für die Herausbildung und Förderung ebendieser Solidarität unter den europäischen Völkern respektive Bürger:innen.⁹⁷

6.3 REFORM AUF DER VERFAHRENEBENE

Als zweiten Ansatzpunkt schlägt Habermas vor, die Kompetenzen der EU als supranationale Ebene zu stärken. Aktuell sieht Habermas eine Dysbalance zwischen

⁹⁴ Vgl. Habermas (2013a), S. 110

⁹⁵ Vgl. Habermas (2013a), S. 65

⁹⁶ Vgl. Schulmeister (2018), S. 59

⁹⁷ Vgl. Habermas (2013a), S. 92

dem demokratischen Mandat der Nationalstaaten und den Zuständigkeiten der Europäischen Organisationen, was in das oben beschriebene Problem eines Legitimationsdefizits der EU-Politik mündet. Die europäische Demokratie soll durch die Vorschläge von Habermas in ihrem politischen Gewicht gestärkt werden. Die Leitidee ist, die EU mit einer verfassungsgebenden Souveränität auszustatten.⁹⁸ Dafür müsste der Vertrag von Lissabon in folgenden Punkten geändert werden. Den europäischen Bürger:innen soll wie beschrieben eine doppelte Rolle als Bürger:innen der europäischen Union und als Bürger:innen ihrer nationalen EU-Mitgliedsstaaten zukommen. Auf institutioneller Ebene soll eine Aufwertung des europäischen Parlaments neben dem europäischen Rat erfolgen. Im europäischen Rat werden dann durch die nationalen Regierungsvertretungen weiterhin die nationalen Interessen vertreten. Zusätzlich wird die teilweise Lähmung der europäischen Politik aufgrund nationaler Interessen überwunden, in dem im europäischen Parlament Mehrheitsentscheidungen nach den Parteipräferenzen der gewählten Abgeordneten getroffen werden können.⁹⁹ Dadurch erhält die EU in Habermas Argumentation ihre demokratische Legitimation. Die Aufwertung des parlamentarischen Verfahrens soll helfen, ein generelles Wir-Gefühl der EU-Bürger zu stärken. Eine Unterscheidung von Bevölkerungsschichten und deren jeweiligen Interessen soll dann weniger an nationalen Grenzen, denn an sozialen Gruppen erfolgen.

Dieses Ziel wäre auf ein überstaatliches Gemeinwesen ausgerichtet, das das gemeinsame Regieren auf europäischer Ebene zulässt. Konkrete Vorschläge für eine Reform der EU sind beispielsweise die Schaffung eines Euro-Finanzministeriums mit einem eigenen Budget, was eine gemeinsame europäische Konjunkturpolitik, die Finanzierung öffentlicher Güter und den Aufbau einer europäischen Sozialunion ermöglichen würde. Durch die Gründung einer europäischen Finanzierungsinstitution würden gemeinschaftliche Finanzierungsinstrumente wie z.B. Eurobonds ermöglicht. Diese Neuerungen auf europäischer Ebene sollen dazu führen, nationale Grenzen in der Politik zu überwinden und die Solidarität hinsichtlich einer Vermögensumverteilung zwischen den EU-Mitgliedsstaaten zu fördern.¹⁰⁰

⁹⁸ Vgl. Habermas (2013a), S. 69

⁹⁹ Vgl. Habermas (2013a), S. 65

¹⁰⁰ Vgl. Habermas (2013a), S. 69f

Die Stärkung der EU soll als Schritt zur Weiterentwicklung zu einer Weltgesellschaft dienen. Die transnationalen Probleme müssen durch internationale Zusammenarbeit gelöst werden. Diese gemeinsame Lösung von Problemen, die auch die gesamte Menschheit betreffen können wie z.B. die Klimakrise, werden dann zu einer Voraussetzung für den Weiterbestand der nationalen Demokratien. Autoritäre Tendenzen und Populismus mit einfachen Lösungsversprechen für globale Probleme würden derart eingedämmt werden können.

7 ZUSAMMENFÜHRUNG UND GEGENÜBERSTELLUNG DER ANSÄTZE

Angesichts der diametralen Vorschläge für das weitere Vorgehen in Europa scheint ein Konflikt unter den vorgestellten Intellektuellen unvermeidbar. Dieser stellte sich tatsächlich ein mit dem Erscheinen von Wolfgang Streecks Buch „Gekaufte Zeit“, in dem seine vorangegangenen Adorno-Vorlesungen am Institut für kritische Theorie der Universität Frankfurt systematisiert zusammenfasst werden. Zahlreiche Repliken auch auf das folgende Buch „Zwischen Demokratie und Kapitalismus“ mit der vorgestellten Ausgestaltung gestärkter Nationalstaaten, zeigen die anhaltende Diskussion ob der bislang nicht erfolgten weiteren Entwicklung der Europäischen Union in jedwede Richtung. Weder eine vertiefte Integration der EU noch eine Zurückstufung der EU auf die nationale Ebene ist erfolgt. In diesem Kapitel wird die Diskussion zwischen Streeck und Habermas anhand ihrer Argumentation beleuchtet. Ergänzend werden Stellungnahmen und Positionierungen im erweiterten akademischen Fachdiskurs einbezogen. Damit soll der Frage nachgegangen werden, weshalb die Entscheidung für die aufgezeigte eine oder andere Entwicklungsrichtung (noch) nicht erfolgt ist. Untersucht werden soll weiterführend, ob die vorgeschlagenen Wege möglicherweise Opfer einer starken Polarisierung sind und daher unter einem Mangel an realistischer Umsetzbarkeit scheitern.

7.1 DIE HABERMAS-STREECK-DEBATTE

Zwischen den deutschen Sozialwissenschaftlern Jürgen Habermas und Wolfgang Streeck entwickelte sich in den vergangenen Jahren eine Diskussion über die bestmögliche weitere Entwicklung der Europäischen Union. Die ökonomische Globalisierung stellt die EU vor grundsätzliche Entscheidungen hinsichtlich der zukünftigen politischen Ausgestaltung. Die Vorschläge von Habermas und Streeck weisen dabei in unterschiedliche Richtungen. Während Erster ein „Nachziehen“ der politischen Integration der Nationalstaaten in der EU fordert, sieht Zweiter eine „Rückabwicklung“ des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der EU-Mitgliedsstaaten in der Wirtschafts- und Währungsunion als notwendige Lösung. Beiden Vorschlägen ist ein Dualismus zwischen Politik und Wirtschaft eigen, in der Quintessenz unterscheidet die Ansätze die vorgeschlagene Richtung der zukünftigen Entwicklung.

Die Gründe für die Staatsschuldenkrise in Europa liegen in der Konstruktion der Wirtschafts- und Währungsunion. Der Euro als gemeinsame Währung und die Steuerung der Geldpolitik durch die EZB sind nicht begleitet durch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik in der WWU. Der Euro verhindert den Ausgleich von unterschiedlicher Wettbewerbsfähigkeit durch Währungsabwertung, was zu einem anhaltenden Leistungsbilanzungleichgewicht einzelner Staaten führen kann.¹⁰¹ An den weiteren möglichen Entwicklungsrichtungen entzündet sich die Debatte zwischen den Befürwortern einer weiteren europäischen Integration zu einer politischen Union und den Europa-Skeptikern, die in einer Wiederstärkung der nationalstaatlichen Ebene eine Chance zur Re-Demokratisierung sehen, um so auf die Auswirkungen des Neoliberalismus reagieren zu können. Die grundlegenden Argumente für die weiteren Entwicklungsrichtungen können anhand der Diskussion zwischen Wolfgang Streeck und Jürgen Habermas beschrieben werden. Beide Seiten sehen in der jeweils anderen vorgeschlagenen Entwicklungsrichtung einen unrealistischen, nicht umsetzbaren Vorschlag.

An Streecks Argumentation für eine Rückabwicklung Europas auf die Ebene der souveränen Nationalstaaten wird die mangelnde reale Durchführbarkeit bemängelt. Die wirtschaftliche Globalisierung in ihrer derzeitigen Ausprägung ist ein Faktum. Die einzelnen Volkswirtschaften sind stark miteinander verflochten. Die Produktionsketten und Handelsaktivitäten sind heute stark international vernetzt. Eine Rückabwicklung dieser internationalen Verflechtung der Wirtschaft ist mit extremen wirtschaftlichen Auswirkungen verbunden. Die Bilanzsummen der Banken in den Euroländern übersteigt die Wirtschaftsleistung gemessen am Bruttoinlandsprodukt um ein Vielfaches. Hinzu kommt die starke internationale Verflechtung durch verschiedene Finanzprodukte wie Aktien, Anleihen und Derivate, die von diversen Fonds, Unternehmen und Privatpersonen gehalten werden. Der Großteil dieser Wertpapiere notiert in Euro. Eine Rückabwicklung der Währungsunion würde zu einem Finanzchaos und möglichem wirtschaftlichen Standortwettbewerb führen. Beispielsweise könnten die einzelnen Nationalstaaten jeweils Währungsabwertungen ihrer nationalen Währungen durchführen.¹⁰²

¹⁰¹ Vgl. Biebricher (2022), S. 196f

¹⁰² Vgl. Schulmeister (2018), S. 59

Im Unterschied zu Wolfgang Streeck tritt Jürgen Habermas für eine Stärkung der europäischen Ebene ein. Eine europäische Verfassung soll die Weiterentwicklung der EU zu einer politischen Union ermöglichen. Die Demokratisierung der EU müsste durch eine Stärkung des EU-Parlaments und der Bildung europäischer Parteien erfolgen. Dies würde die EU dazu befähigen, eine eigene Wirtschaftspolitik in der WWU zu verfolgen. Habermas sieht diese Stärkung der supranationalen Ebene als Voraussetzung zur Umsetzung eines europäischen Sozialstaats, wodurch der neoliberale Standortwettbewerb in der EU unterbunden bzw. abgeschwächt werden könnte. Demgegenüber betont Wolfgang Streeck die Heterogenität der europäischen Volkswirtschaften. Eine einheitliche Wirtschaftspolitik würde diesen unterschiedlichen nationalen Wirtschaftsräumen nicht gerecht werden können.¹⁰³

Streeck wird angesichts der Betonung nationaler Unterschiede vorgeworfen, antieuropäische Ressentiments zu hegen und stattdessen nationalstaatliche Lösungen zu bevorzugen. Streeck selbst weist diese Einwände zurück, in dem er unmittelbar in einer Gegenreplik auf seine proeuropäische Haltung verweist.¹⁰⁴ Die Kritik von Streeck an Europa wird hier nochmals dezidiert auf das Verständnis von Europa als einer Währungsunion herausgearbeitet. Die Euro-Mitgliedsländer haben trotz ihrer unterschiedlichen Wettbewerbsfähigkeit nicht die Möglichkeit zur Abwertung ihrer Landeswährung. Stattdessen sind die einzelnen Länder bei Problemen mit den Anforderungen des globalisierten Marktes zurechtzukommen dazu angehalten, sich durch interne Abwertungen markteffizient und konkurrenzfähig zu halten. Die Mittel der Wahl sind dann Kostensenkungen durch Ausgabenkürzungen bei Löhnen und Pensionszahlungen sowie längerfristiger Strukturreformen. Die Situation mit der Euro-Bindung bietet eine Parallele zum Gold-Standard, den Karl Polanyi als eine Ursache für das Erstarken des Faschismus in Europa sieht. Streeck zieht hier eine Linie zu den antidemokratischen Kräften in den europäischen Staaten und die Anfälligkeit für populistische Strömungen.¹⁰⁵ Die indirekte Vorgabe einer Wirtschaftspolitik angesichts einer Währungspolitik nach ordoliberalen Grundsätzen durch die EU wird auch als autoritärer Neoliberalismus bezeichnet.¹⁰⁶ Die Austeritätspolitik wird durch die

¹⁰³ Vgl. Biebricher (2022), S. 198

¹⁰⁴ Vgl. Streeck (2013), S. 76

¹⁰⁵ Vgl. Streeck (2013), S. 78

¹⁰⁶ Vgl. Biebricher (2022), S. 222

verschiedenen Institutionen und Instrumente der WWU zu einer strikten Vorgabe für den wirtschaftspolitischen Kurs der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten. Die südlichen WWU-Mitgliedsländer sehen sich daher einem kontinuierlichen Eingriff in ihre souveräne Wirtschaftspolitik ausgesetzt. Auf der anderen Seite sind die nördlichen WWU-Mitgliedsländer zu weiteren Wirtschaftsunterstützungen verpflichtet, sei es aus Solidaritäts- oder wirtschaftlichen Rationalitätsgründen.

Diese Situation bringt Streeck zu dem Punkt, die Befürworter einer weiterführenden Integration der Nationalstaaten in die EU zu kritisieren. Den Versuch einer Stärkung der Demokratie auf europäischer Ebene sieht Streeck nur als eine verstärkte Möglichkeit die ordoliberalen Variante des Neoliberalismus in Europa durchzusetzen. Die führenden europäischen Politiker sind demnach mit den Wirtschaftseliten vernetzt, weshalb dadurch eine verstärkte Durchsetzung der wirtschaftlichen Verflechtung zu erwarten ist.

Damit sieht Streeck den Vorschlag von Habermas zu einer weiteren Demokratisierung der EU als illusorisch an. Der Ausbau der europäischen Kommission zu einer supranationalen Exekutive und die Stärkung des Europäischen Parlaments und des Rats wäre auch von den europäischen Regierungen mitzutragen, die wiederum von den Bürger:innen der einzelnen Nationalstaaten gewählt werden. Streeck sieht aber deren Zustimmung als unwahrscheinlich. Gründe hierfür sind die Heterogenität und die nationalen Interessen der Staatsbürger:innen der einzelnen nationalen EU-Mitglieder. Damit wird dieser Entwicklungsweg von Streeck als nicht durchführbar erachtet.¹⁰⁷ Die Stärkung der europäischen Ebene würde gleichsam einer Globalisierung nationaler Politik entsprechen. In Anlehnung an Karl Polanyi bezeichnet Streeck diesen Schritt als Einbettung der nationalen Staaten in internationale Märkte. Die Interessen der einzelnen Staatsvölker würden dann zur Durchsetzung eines homogenen Marktvolks aufgelöst. Die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit wäre damit einen weiteren Schritt entfernt, da europäische Eliten über nationale Wirtschaftspolitik im Sinne des Neoliberalismus bestimmen würden. Der Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung müsste vielmehr auf nationaler Ebene entgegnet werden, woraus eben Streecks Gegenvorschlag eines Keynes-Polanyi-Staats resultiert.

¹⁰⁷ Vgl. Streeck (2013), S. 87

Der Argumentation von Streeck, dass die europäische Einigung dem Zweck diene, die Grundsätze des Ordoliberalismus durchsetzen zu wollen, wird entgegengehalten, dass auch einzelne Strömungen des Neoliberalismus gegen eine Stärkung der EU auftreten. Vielmehr fokussiert die neoliberale Theorie auf optimale Rahmenbedingungen für die freie Wirtschaft. Eine Schwächung der staatlichen Ebene bzw. Reduktion der Staatsaufgaben auf die Rahmensetzung für die Marktwirtschaft ist im Sinne der ordoliberalen Theorie. Diese Eindämmung der staatlichen Ebene fokussiert aber sowohl auf die nationalstaatliche Ebene als auch auf die supranationale Ebene wie z.B. die EU. Die EU wird auch von manchen neoliberalen Theoretikern als über die Funktion einer Rahmensetzung hinausgehend gesehen. Vielmehr stellt die EU sogar eine Expansion des Sozialismus in Europa dar und ist daher in ihrer Weiterentwicklung zu schwächen. Das klare Framing von Streeck ist daher nicht haltbar, da einzelne liberale Publikationen wie ein Aufsatz von Hayek, als überzeichnet paradigmatisch für die neoliberale Position ausgewählt werden.¹⁰⁸

Streeck überbetont die Problemlösungskompetenz der von ihm vorgeschlagenen Kompetenzverschiebung von der europäischen auf die nationalstaatliche Ebene. Die Nationalstaaten sollen dann frei über bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit bestimmen. Bei dieser Argumentation setzt aber ein weiterer Kritikpunkt an Streecks Vorschlag an. Vielmehr ist nicht der Zentralismus in der EU das vorrangige Problem, sondern die Horizontalität der Strukturen von Global Governance auf der internationalen Ebene. Einzelne Staaten können Mehrheitsentscheidungen blockieren. Ein Beispiel für diese Struktur ist der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, der durch das Veto einzelner Mitgliedsstaaten in der Entscheidungsfindung blockiert werden kann. Eben diese horizontale Ebene schlägt Streeck aber für die Nationalstaaten vor.¹⁰⁹ Diesem Manko eines Eurozentrismus im Lösungsvorschlag von Wolfgang Streeck steht in Jürgen Habermas Vorschlag einer gestärkten EU eine Weiterentwicklung der globalen Institutionen gegenüber. Habermas argumentiert mit eben dieser Weiterentwicklung der internationalen Organisationen als notwendige Voraussetzung für die Lösung globaler Probleme. Zum Beispiel benötigen komplexe Themen wie z.B. der Klimawandel internationale Vereinbarungen. Die Reform der

¹⁰⁸ Vgl. Biebricher (2021), S. 4

¹⁰⁹ Vgl. Nullmeier (2021), S. 3

Institutionen hin zu Mehrheitsentscheidungen scheint eine notwendige Weiterentwicklung für diese globalen Herausforderungen.

Auch Streecks Kritik an der EU als Liberalisierungsmaschine, die eine Austeritätspolitik in der EU verschärft, ist in dieser Deutlichkeit wohl nicht haltbar. Zwar haben sich auf der Ebene der EU autokratische und antidemokratische Züge herausgebildet. Anzuführen sind hier die strikten Haushaltsvorgaben und Stabilitätskriterien für die Euro-Mitgliedsländer durch die europäischen Institutionen. Jedoch haben sich parallel dazu gerade in einzelnen Nationalstaaten autokratische, antidemokratische Züge verschärft. Selbst in der EU können mit Polen und Ungarn konkrete Beispielländer angeführt werden. Der autoritäre Rechtspopulismus verschärft diese Entwicklung in vielen Ländern. Streeck sieht als Ursache für diese Entwicklung die Entdemokratisierung durch die EU. Jedoch wird in diesem Zusammenhang eine mögliche genuin rechtspopulistische Entdemokratisierung, die innerhalb der Nationalstaaten selbst entsteht, wiederum nicht thematisiert.¹¹⁰ Eine Triebkraft für diese Entwicklung ist, neben den innerstaatlichen Ursachen für diese Entwicklung, die mangelnde Problemlösungskompetenz auf internationaler Ebene.

Der Ansatz von Habermas dazu ist, dass gerade die Reform auf internationaler Ebene eine angemessene Reaktion auf diese nationalen Entwicklungen eines Autoritarismus sein kann.

Auf anthropologischer Ebene plädiert Habermas für eine verstärkte Ausbildung eines Kosmopolitismus. Gerade die Entwicklung von internationaler Solidarität scheint ein maßgebliches Kriterium für die Lösung globaler Probleme. Auch in diesem Zusammenhang sieht Streeck die nationalstaatliche Ebene als realistischen Grenzbereich für das Solidaritätsbewusstsein der Staatsbürger. Streeck führt am Beispiel Schottlands und Kataloniens die regionalen Besonderheiten von lokalen Bevölkerungen vor. Die nationalstaatliche Deckung von Landesgrenzen und homogenen Bevölkerungsgruppen erscheint aber als zweifelhafte Vereinfachung.¹¹¹ Ein Appell an die menschliche Solidarität im Sinne der Einhaltung der Menschenwürde von Habermas erscheint hier zumindest als ebenso realistisch. Jedoch übergeht Habermas fast beiläufig eine zentrale Unterscheidung von Streeck, auf die sich seine Anknüpfung an Karl Polanyi stützt. Streeck unterscheidet die lohnabhängigen Bürger

¹¹⁰ Vgl. Nullmeier (2021), S. 4

¹¹¹ Vgl. Nullmeier (2021), S. 6

als Marktvolk von den Arbeitgebern und Kapitalinvestoren als Marktvolk. Daraus entspinnt sich eben sein Dualismus, der auf der staatlichen Ebene als Gegenpol von Demokratie und Wirtschaft auftritt. Habermas sieht zwar ebenfalls die globalisierte Wirtschaft im Widerstreit mit den nationalen Demokratien und der supranationalen EU, deren Kompetenz zu einer politischen Union erst zu erweitern ist. Auf anthropologischer Ebene wird der Gegensatz von Marktvolk und Staatsvolk aber durch den Sammelbegriff Bürger:innen ersetzt.¹¹²

In diesem Kapitel wurde als Schwäche der Analysen von Streeck und Habermas der Dualismus kritisch herausgearbeitet, der beiden Ansätzen inhärent ist, um eine klare zukünftige Handlungsrichtung zu weisen. Beide Vorschläge präsentieren aber eben diese deutlichen Richtungen als mögliche Schwäche. Eine erneute Stärkung der nationalstaatlichen Ebene als Antwort auf die voranschreitende Globalisierung und dem vermehrten Auftreten globaler Probleme scheint ebenso wenig zielführend wie eine Hoffnung auf die Einsicht der führenden Politiker auf die Notwendigkeit einer Abtretung ihrer Entscheidungskompetenzen auf eine supranationale Ebene. Das Erstarken eines autokratischen, nationalen Populismus in vielen Ländern lässt wenig politischen Spielraum für eine ebensolche Machtverschiebung auf internationale Ebene als realistisch erscheinen.

7.2 WIRTSCHAFT, DEMOKRATIE UND FREIHEIT IN EUROPA

Im abschließenden Abschnitt dieser Arbeit wird anhand der Ansätze von Karl Polanyi und Michel Foucault versucht, die vorgestellten polarisierenden Alternativen für die weitere Entwicklung der EU hinsichtlich des Verhältnisses von Demokratie und Wirtschaft einzuordnen. Dabei wird auch der Begriff der individuellen Freiheit als wesentliches Versprechen des Liberalismus untersucht.

Nochmals sei erwähnt, dass die von Streeck vorgeschlagene Rückabwicklung der europäischen Integration aufgrund der bestehenden weitreichenden wirtschaftspolitischen Verflechtungen eine realpolitisch unrealistische Alternative darstellt. Aus Sicht der Wirtschaftsforschung ist eine Rückabwicklung der Europäischen Integration mit einer einhergehenden Auflösung der Währungsunion

¹¹² Vgl. Biebricher (2014), S. 4

unrealistisch. Dies würde in Europa zu starken wirtschaftlichen Verwerfungen führen, wodurch auch kriegerische Auseinandersetzungen ein durchaus mögliches Szenario darstellen würden. Angesichts der zu erwartenden markanten wirtschaftlichen Verschlechterung der Lebensumstände wären soziale Spannungen und Verteilungskämpfe zwischen den europäischen Völkern und Bevölkerungsschichten zu befürchten. Jedoch flammt auf nationaler Ebene die Ablehnung einer weiteren europäischen Integration immer wieder auf. Realpolitisch sind rechtspopulistische Strömungen in den Nationalstaaten eine nicht zu leugnende Macht.

Die beiden Ansätze von Streeck und Habermas sind wie ausführlich beschrieben durch grundsätzlich unterschiedliche Entwicklungsrichtungen gekennzeichnet. Die sich dabei ergebende zentrale Frage ist, wie die weitere Entwicklung der Europäischen Union aussehen soll. Streeck plädiert angesichts des politischen Stillstands für eine Rückabwicklung der Europäischen Union. Die Wirtschafts- und Währungsunion wird aufgrund eines politischen Machtvakuumms auf der Ebene der EU durch neoliberale Leitprinzipien regiert. Streeck sieht eine technokratische Steuerung, deren Denken an die Gouvernmentalität von Michel Foucault erinnert. Streeck sieht damit die ordoliberalen Schule in einem langfristigen Projekt umgesetzt. Habermas teilt diese Einschätzung in zentralen Punkten, dass die EU durch neoliberale Steuerungspraktiken geführt wird. Seine Schlussfolgerung ist aber, dass eine Rückabwicklung der EU aufgrund der starken Verflechtung der Volkswirtschaften der EU-Mitgliedsländer sehr unrealistisch bzw. nur mit starken Wohlstandsverlusten durchführbar wäre. Habermas plädiert daher für eine Stärkung der EU auf demokratiepolitischer Seite. Die Bürger:innen der Mitgliedsstaaten sollen eine Doppelrolle mit einer nationalen und europäischen Identität und Identifikation entwickeln.¹¹³

In dieser Arbeit wurden die unterschiedlichen Ansätze zur Gestaltung des Verhältnisses von Demokratie und Wirtschaft beleuchtet. Ein zentraler Begriff des Liberalismus ist die Freiheit. weshalb abschließend noch die Frage angesprochen werden soll, was die beiden Ansätze hinsichtlich der Ermöglichung von Freiheit als einem der Versprechen liberaler Demokratien und marktwirtschaftlicher Ordnung bieten können. Polanyi und Foucault gehen in den abschließenden Kapiteln von *Die*

¹¹³ Vgl. dazu auch Crouch, in Rapic, S. 520

große Transformation bzw. *Die Geburt der Biopolitik* auf diese Frage ein. Bei Polanyi und Foucault wird als positive Konsequenz der Verbindung von liberaler Demokratie und kapitalistischer Wirtschaft festgehalten, dass dadurch Freiheit in der Gesellschaft erreicht werden kann. Dies unterscheidet den Liberalismus von den anderen einflussreichen Strömungen Sozialismus und Kapitalismus im ausgehenden 19. Jahrhundert. Allein der Liberalismus des 19. Jahrhunderts konnte die wirtschaftlichen Probleme am Beginn des 20. Jahrhunderts nicht lösen. Die in dieser Arbeit vorgestellten Konzeptionen versuchen ein ausgewogenes Verhältnis von Demokratie und Wirtschaft zu ermöglichen. Dies soll den Mitgliedern einer Gesellschaft individuelle Freiheit sowie soziale Sicherheit und Gerechtigkeit bieten.

Karl Polanyi geht im letzten Kapitel seines Werks *Die große Transformation* konkret auf die Möglichkeit von Freiheit in einer komplexen Gesellschaft ein. Dabei wird ein soziales Verständnis von Freiheit verfolgt. Polanyi sieht in einer Marktgesellschaft die Individuen in ihrer Freiheit durch ökonomischen Zwang eingeschränkt. Die Überwindung einer liberalen Marktwirtschaft kann dann zu einer Erweiterung der Freiheit des Menschen führen. Wolfgang Streeck legt uns die Lektüre dieser abschließenden Ausführungen von Karl Polanyi nahe. Streeck hält dazu fest: *Demokratie in einem Keynes-Polanyi-Staat liefe auf die Übernahme effektiver Verantwortung der Bürger für ihr kollektives Schicksal hinaus, als Selbstverteidigung und Selbstverwaltung zugleich, als Interessenverfolgung und Solidarität in einem.*¹¹⁴

Die Mitglieder der Gesellschaft werden dieser Argumentation nach durch die Verstärkung der nationalen Wirtschaftspolitik in ihrer sozialen Freiheit gestärkt. Streeck plädiert – vergleichbar mit dem Kommunitarismus- für die Stärkung des Gemeinwohls in Gemeinschaften. Streeck schlägt vor, die Gemeinschaft wieder als homogene Nationalverbände zu konzipieren. Eine reine Marktgesellschaft ist also durch die soziale Integration der Gesellschaftsmitglieder zumindest zu erweitern. Dieser Schritt ist in der Argumentation von Streeck eben im Rahmen der einzelstaatlichen Demokratie und Wirtschaft leichter möglich.

Als konstitutives Element einer liberalen Demokratie ist die Ausweitung von Freiheit zu befürworten. Jürgen Habermas sieht aber gerade hinsichtlich der Ermöglichung von Freiheit in der Europäischen Gesellschaft eine besondere Chance. Gerade auf der

¹¹⁴ Streeck (2022), S. 472

europäischen Ebene ergibt sich mit der Doppelrolle der europäischen Bürger eine erweiterte Kommunikationsmöglichkeit zur Verwirklichung von Freiheit. Die Teilhabe an demokratischen Prozessen eröffnet den Unionsbürgern neue Wege sich in den Diskurs der europäischen Gemeinschaft einzubringen und damit an den sie betreffenden politischen Entscheidungen zu partizipieren. Habermas zufolge kann die EU an Legitimation gewinnen, wenn *verstärkt sowohl auf die Bürgerinnen und Bürger wie auf die Staaten Europas* Bezug genommen wird.¹¹⁵ Die Bürger sind über das Europäische Parlament als Unionsbürger und über den Europäischen Rat als Staatsbürger an den Prozessen auf europäischer Ebene beteiligt. Die Gemeinwohlorientierung soll derart auch in Europa gestärkt werden. Das Ziel der zunehmenden Integration des Europäischen Rates ist die im letzten Kapitel beschrieben geteilte Souveränität der europäischen Bürger:innen. Dadurch kann die EU nach Habermas die *Legitimation eines entstaatlichten supranationalen Gemeinwesens* erlangen.¹¹⁶ Habermas versucht dadurch einen Ausgleich zwischen der nationalen Identifikation der Bürger:innen Europas und den realen wirtschaftlichen Verflechtungen zu finden. Gerade die weiterführende globale Verflechtung in einem kosmopolitischen Gemeinwesen soll dann die individuelle Freiheit in Form der Gewährung der Menschenrechte gewährleisten. In einer wirtschaftlich globalisierten Welt erscheint dieser Anspruch als Grundvoraussetzung für das Zusammenwirken von Demokratie und Wirtschaft. Dazu müsste die deutsche Politik, die wie in dieser Arbeit beschrieben stark durch die ordoliberalen Grundsätze geprägt ist, aber eben diesem Aufruf zur Solidarität von Habermas folgen. *Eine solche Anstrengung würde von der Bundesrepublik verlangen, im längerfristigen Eigeninteresse kurz- und mittelfristig negative Umverteilungseffekte in Kauf zu nehmen – das wäre im dargelegten Sinne ein exemplarischer Fall von politischer Solidarität.*¹¹⁷ Die Schwierigkeit zur Umsetzung dieses Appells sieht auch Habermas selbst. Neben den Medien sind die politischen Parteien maßgeblich an der öffentlichen Meinungsbildung und daraus resultierenden staatsbürgerlichen Entscheidungen beteiligt. Angesichts der aktuell multiplen Krisen

¹¹⁵ Vgl. Habermas (2014), S. 66

¹¹⁶ Vgl. Habermas (2014), S.73

¹¹⁷ Habermas (2013b), S. 110f

und der populistischen Politik zeigt sich darin die Schwierigkeit einer Wiederübereinstimmung von Demokratie und Wirtschaft in Europa.¹¹⁸

Abschließend soll nochmals der Einfluss des deutschen Ordoliberalismus auf die europäische Wirtschaftspolitik betont werden. In Anknüpfung an Foucault erlaubt diese Thematik auch eine differenziertere Betrachtung einer möglichen zu starken Polarisierung zwischen Wirtschaft und Demokratie. Gerade die gegenseitige Verwiesenheit dieser beiden Begriffe wurde im Zuge dieser Arbeit aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. Auch in Foucaults Vorlesungen fällt das Fazit der Analyse des Ordoliberalismus nicht eindeutig negativ aus. Das Zusammenspiel von Demokratie und Wirtschaft wird zum Ermöglicher von bürgerlicher Freiheit. Die Freiheit zur Gestaltung des Lebens wird nach ordoliberalem Verständnis als Ermöglichung zur freien Gestaltung des Lebens aber mit einem Schwerpunkt auf den ökonomischen Marktausch interpretiert. In der Tradition der Chicagoer Schule des Neoliberalismus wird diese ökonomische Freiheit sogar auf alle Lebensbereiche ausgeweitet. Der Mensch wird frei zur Selbstoptimierung und zu marktgerechtem Verhalten. Damit erhält der neoliberale Freiheitsbegriff aber eine wesentliche Einschränkung. Die freie Entwicklung des Individuums erfolgt im Neoliberalismus in Rückkopplung an die Regierungsrationalitäten. Ein Versuch der Abgrenzung der neoliberalen Freiheit zu unternehmerischem Handeln von der Freiheit zum Widerstand gegen die Gouvernmentalität bedürfte zwar einer eigenen Untersuchung.¹¹⁹ Zum Abschluss dieser Arbeit kann aber damit festgehalten werden, dass Foucault eindrucksvoll den Zusammenhang von Demokratie und Wirtschaft in den westlichen Staaten mit liberalen Regierungen aufzeigt. Das ordoliberales und neoliberale Leitbild prägt sowohl auf einzelstaatlicher als auch auf staatenübergreifender Ebene das politische und wirtschaftliche Denken und Handeln. Die Herausforderung für die Politik ist, die verschiedenen Interessen in einer Gesellschaft angemessen zu berücksichtigen und ausgleichend zu wirken. Diese gegenseitige Verwiesenheit erklärt die Komplexität bei der Umsetzung nationaler, regionaler und globaler Lösungen für eine angemessene Gestaltung des Verhältnisses von Demokratie und Wirtschaft. Verkürzende, simplifizierende Polarisierungen können Probleme aufzeigen, jedoch keinen hinreichenden Beitrag zu deren Lösung anbieten.

¹¹⁸ Vgl. Habermas (2013b), S. 130

¹¹⁹ Vgl. Schubert (2018), S. 104f

LITERATURVERZEICHNIS

- Biebricher, Thomas (2014): Die Zukunft Europas zwischen Demokratie und Kapitalismus, In: Politische Vierteljahresschrift, Vol.55 (1), S. 1-17
- Biebricher, Thomas/Ptak, Ralf (2020): Soziale Marktwirtschaft und Ordoliberalismus zur Einführung, Hamburg: Junius Verlag GmbH
- Biebricher, Thomas (2021). Kampf dem neoliberalen Zentralismus: Rezension zu "Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus" von Wolfgang Streeck. Soziopolis: Gesellschaft beobachten. Kampf dem neoliberalen Zentralismus: Rezension zu "Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus" von Wolfgang Streeck (ssoar.info)
- Biebricher, Thomas (2022): Neoliberalismus zur Einführung, 4. Auflage, Hamburg: Junius Verlage GmbH
- Binder, Bruno / Trauner, Gudrun (2016): Lehrbuch Öffentliches Recht. Grundlagen, Wien: Linde Verlag
- Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas (2019): Gouvernmentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, 8. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag
- Bruckmüller, Ernst (2015): Sozialgeschichte Österreichs, 2. Auflage, Köln: Böhlau Verlag
- Butterwege, Christoph/Engartner, Tim/Ptak, Ralf (2016): Kritik des Neoliberalismus, 3. Auflage, Wiesbaden: Springer VS
- Forner, Andreas (2022): Volkswirtschaftslehre. Eine praxisorientierte Einführung, 2. Auflage, Berlin: Springer Gabler
- Foucault, Michel (2020): Sicherheit, Territorium und Bevölkerung. Geschichte der Gouvernmentalität I, 7. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag
- Foucault, Michel (2022): Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernmentalität II, 9. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag
- Fraser, Nancy / Jaeggi, Rahel (2020): Kapitalismus. Ein Gespräch über kritische Theorie, Berlin: Suhrkamp Verlag
- Habermas, Jürgen (2011): Zur Verfassung Europas, Berlin: Suhrkamp Verlag
- Habermas, Jürgen (2013a): Demokratie oder Kapitalismus?, In: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2013
- Habermas, Jürgen (2013b): Im Sog der Technokratie, 2. Auflage, Berlin: Suhrkamp Verlag
- Hobsbawm (1968), Soziale Bewegungen und Kämpfe auf dem Lande in England in der ersten Hälfte des 19. Jhd.
- Kocka, Jürgen / Merkel, Wolfgang (2015): Demokratie und Krise, Wiesbaden: Springer VS

Kocka, Jürgen (2016): Kapitalismus und Demokratie. Der historische Befund, In: Archiv für Sozialgeschichte 56

Nonn, Christoph (2022): Das 19. und 20. Jahrhundert, 5. Auflage, Paderborn: Brill Schöningh

Nullmeier, F. (2021). Steckengeblieben: Rezension zu "Zwischen Globalismus und Demokratie: Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus" von Wolfgang Streeck. Soziopolis: Gesellschaft beobachten.

<https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/80195>

Polanyi, Karl: The Great Transformation (2015): politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, 12. Auflage, Berlin: Suhrkamp Verlag

Polanyi, Karl (2003): Universaler Kapitalismus und regionale Planung, In: Chronik der großen Transformation, Marburg: Metropolis Verlag

Rapic, Smail (Hrsg.) (2023): Wege aus dem Kapitalismus? Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft

Schubert, Karsten (2018): Freiheit als Kritik. Sozialphilosophie nach Foucault, Bielefeld: transcript Verlag

Schulmeister, Stephan (2018): Das Richtige im Falschen: Verteidigen wir den Euro!, In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/2018

Schulmeister, Stephan (2018): Der Weg zur Prosperität, 2. Auflage, Wals bei Salzburg: Ecowin Verlag

Streeck, Wolfgang (2013): Vom DM-Nationalismus zum Euro-Patriotismus?. Eine Replik auf Jürgen Habermas, In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Band 9, S. 75-92

Streeck, Wolfgang (2015): Gekaufte Zeit, E-Book, Berlin: Suhrkamp Verlag

Streeck, Wolfgang (2016): Gekaufte Zeit, 2. Auflage, Berlin: Suhrkamp Verlag

Streeck, Wolfgang (2021): Zwischen Demokratie und Kapitalismus, 1. Auflage, Berlin: Suhrkamp Verlag

ABSTRACT

In dieser Arbeit wird das Verhältnis von Demokratie und Wirtschaft anhand von Primärliteratur untersucht. Dadurch sollen mögliche gegenseitige Voraussetzungen und Widersprüche thematisiert und diskutiert werden. Die ausgewählte Literatur umfasst Karl Polanyi mit *Die große Transformation*, Michel Foucault mit *Die Geburt der Biopolitik – Geschichte der Gouvernementalität II*, Wolfgang Streeck mit *Gekaufte Zeit* und *Zwischen Demokratie und Kapitalismus* und Jürgen Habermas mit *Zur Verfassung Europas* und *Im Sog der Technokratie*. Die Verflochtenheit von Demokratie und Wirtschaft zeigt sich bei Polanyi im Liberalismus des 19. Jahrhunderts und bei Foucault im Ordoliberalismus und Neoliberalismus des 20. Jahrhunderts. Die mögliche weitere Entwicklung des Verhältnisses von Demokratie und Wirtschaft in der Europäischen Union im 21. Jahrhundert debattieren Streeck und Habermas. In den unterschiedlichen Ansprüchen an Freiheit als liberalem Grundwert treffen sich die Ansätze.